

BULLETIN N°72 - September 2020

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN

In Europa und in der ganzen Welt setzt sich der Trend durch, Gesundheitsfragen in der Politik auf allen Regierungsebenen eine entscheidende Bedeutung beizumessen. Während die nationalen Regierungen versuchen, ihre Widerstandsfähigkeit gegen das Coronavirus zu stärken, hat der wachsende Druck auf die EU-Institutionen die Notwendigkeit eines neuen aktiven interinstitutionellen kooperativen Ansatzes ergeben, der die sozioökonomische Politik mit Gesundheitsfragen durchdringt. Insgesamt hat die schnelle Anpassungsphase, die in den meisten EU-Ländern während der Ausgangssperre stattfand, gemischte und heterogene Ergebnisse gezeitigt und deutlich gemacht, wie der Ausbruch des Coronavirus in den Mitgliedstaaten zu unterschiedlichen Problemen geführt hat. Heute hat die Europäische Union die Aufgabe, für die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen einzutreten und sich um Fairness und Gerechtigkeit für alle Schichten der Gesellschaft zu bemühen.

Die europäische Reaktion auf den Ausbruch des Coronavirus wird in der Tat in vielerlei Hinsicht entscheidend sein. „Um Leben und Existenzgrundlagen zu schützen, Schäden am Binnenmarkt zu beheben und für einen nachhaltigen Aufschwung und Wohlstand zu sorgen“¹, schlägt die Kommission vor, den EU-Haushalt mit einem neuen Programm namens „Next Generation EU“ in Höhe von 750 Mrd. EUR umzugestalten, begleitet von gezielten Aufstockungen für den Zeitraum 2021-2027, was einen endgültigen EU-Finanzhaushalt von 1,85 Billionen EUR bedeutet. Dieser Haushalt zielt nicht nur darauf ab, den wirtschaftlichen Aufbau auf nachhaltige Weise zu ermöglichen, sondern auch die Grundlagen für eine integrativere, grünere und digitalere Wirtschaft zu festigen. Letztlich geht es bei der Bekämpfung des Coronavirus darum, die europäische Führung und Solidarität zu stärken. Der deutsche EU-Vorsitz unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ wird entscheidend dazu beitragen, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass wirtschaftlicher Wohlstand durch proaktive Zusammenarbeit auf dem alten Kontinent wieder erreicht wird.

Es war eine arbeitsreiche Zeit für den Verein der ehemaligen Mitglieder, der nun eine brandneue Website nutzen kann, um mit seinen Mitgliedern und all seinen Partnern und den europäischen Bürgern zu kommunizieren, mit einer modernen und benutzerfreundlicheren Schnittstelle als unsere bisherige. Wir sind nun bestens gerüstet, um unsere Öffentlichkeitsarbeit im digitalen Zeitalter fortzusetzen, und werden weiterhin junge Europäer zur Unterstützung der EU inspirieren. Im Rahmen unseres „EP to Campus“-

¹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940

Programms wurde während des Lockdowns eine Reihe von Webinaren abgehalten. Die Mitglieder des Vereins der ehemaligen Mitglieder Hans Olaf Henkel und Taris Hadjigeorgiou trugen zu dieser Ausgabe mit einem Bericht über ihre Erfahrungen bei. Im Juli nahm Eva Lichtenberger mit der Sapienza-Universität Rom an einem anregenden Webinar über EU-Verkehrsinfrastrukturen teil und stellte fest, dass die große Herausforderung jetzt darin bestehe, das Konzept mit dem europäischen Grünen Deal in Einklang zu bringen und klimaverträglich zu gestalten. Das Sekretariat des Vereins der ehemaligen Mitglieder wird den ganzen Herbst über weiterhin solche Veranstaltungen organisieren und hat im Rahmen unseres Programms bereits für Oktober und November zwei Webinare geplant, die von der University of Illinois at Urbana-Champaign organisiert werden.

Wie Sie wissen, mussten unsere Veranstaltungen im September neu organisiert werden. Unser Verein strukturierte in Zusammenarbeit mit den Europäischen Politischen Stiftungen und dem Europäischen Hochschulinstitut ein Webinar zum Thema „Gemeinsam für die Zukunft Europas“, gefolgt von unserer Generalversammlung. Zum ersten Mal konnten unsere Mitglieder über eine Fernverbindung Kontakt aufnehmen: „Wir sind jünger geworden!“.

Last, but not least ist zu berichten, dass eine Delegation von Mitgliedern des Vereins der ehemaligen Mitglieder vom 4. bis 6. Oktober Skopje in Nordmazedonien besucht hat, um mit Abgeordneten, Regierungsbeamten und Akteuren der Zivilgesellschaft zusammenzutreffen. Danach wird vom 25. bis 27. Oktober ein Besuch in Berlin stattfinden, bei dem das gleiche Ziel verfolgt wird. Das jährliche Abendessen 2020 findet am 9. Dezember im Haus der europäischen Geschichte statt, gefolgt vom jährlichen Seminar am 10. Dezember im Europäischen Parlament in Brüssel.

Der Schwerpunkt unserer September-Ausgabe wird diesmal auf dem Thema Gesundheitsfragen in Europa liegen und eine fruchtbare Diskussion darüber befeuern, wie Pandemien auf politischer Ebene nach dem Ausbruch des Coronavirus und im Zusammenhang mit dem neu begonnenen deutschen EU-Ratsvorsitz neu überdacht werden können.

Viel Spaß mit dieser Ausgabe unseres Bulletins.

Ihr,

Hans-Gert Pöttering

AKTUELLE THEMEN

POLITIK IST DIE „KUNST, DIE DINGE IN GANG ZU HALTEN“: DAS EU-INSTRUMENT DER NÄCHSTEN GENERATION

Die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) auf der Grundlage des Vorschlags von 2018 gestalteten sich schon lange vor Beginn der COVID-19-Pandemie schwierig. Nach Ablehnung der „finnischen NegoBox“ lag die im Februar vorgelegte „Charles-Michel-NegoBox“ weniger als eine Stunde auf dem Tisch.

Politik ist die „Kunst, die Dinge in Gang zu halten“. Der neue Vorschlag zur Überwindung des Stillstands, der mitten in einer einzigartigen Zeit der Beschränkungen kommt, beweist dies, denn er hat gute Chancen, den Gesetzgebungszyklus zeitnah zu durchlaufen. Er ist ebenso ein Beweis für die Exzellenz der Unionsorgane auf allen Ebenen. Lassen Sie uns denen applaudieren, die innerhalb der kürzesten Zeit, die je verzeichnet wurde, an den Excel-Tabellen und Änderungen gearbeitet haben – und dies oft vom Home Office aus.

Das gemeinsame Verständnis, dass wir die asymmetrischen Auswirkungen der Pandemie zusammen angehen müssen, hat die endlosen, selbstsüchtigen Diskussionen über die zweite Dezimalstelle hinter dem Komma unterbrochen, und, wenngleich das Dilemma Kredite oder Zuschüsse noch nicht gelöst ist, haben wir die Blockade überwunden.

Welche Drahtseilakte waren es, die eine rechtzeitige Einigung über die EU der nächsten Generation möglich gemacht haben?

- Die unmittelbare Notwendigkeit der Unterstützung, mit Vorverteilung und Generierung eigener Mittel zur Aufrechterhaltung des MFR, begleitet von einer Verlängerung der Rückzahlungsfrist für künftige Budgets, bedingt eine moralische Verpflichtung, nur in Projekte zu investieren, die den Erwartungen der „Generation Greta“ (in Bezug auf Klima, Umwelt und die nachhaltigen Entwicklungsziele) entsprechen.
- Die Bereitstellung einer großen Summe aus der Aufbau- und Resilienzfazilität für den Süden ersetzt in gewissem Maße den infolge der fünften Erweiterung (zwischen 2004 und 2007) verloren gegangenen Kohäsionsfonds und bringt das Süd-Ost-Nord-Dreieck mit der deutsch-französischen Achse im Zentrum wieder ins Gleichgewicht. Darüber hinaus trägt sie zur Stabilität der gemeinsamen Währung bei.
- Eine klare Vision zur Ökologisierung der Wirtschaft und zur Digitalisierung bei gleichzeitiger Wahrung unserer hohen Sozial- und Umweltstandards ist ein guter Kompass – sowohl für die Märkte als auch für die Gesellschaft. Gezielte Eigenmittel schaffen gleiche Wettbewerbsbedingungen für interne und internationale Partner.

- Der Aufbaufonds überträgt den Mitgliedstaaten und der Kommission noch mehr Befugnisse und damit auch mehr Verantwortung. Der Aufbaufonds ist kein Bestandteil der ordentlichen nationalen Haushaltsdebatten, und weder das Zustimmungsverfahren des Parlaments zum MFR noch das Europäische Semester sind als Instrumente stark genug, um eine echte demokratische Kontrolle sicherzustellen.
- Die demokratische Kontrolle sollte durch Festhalten am Rechtsstaatsprinzip im Rahmen der Umsetzung neu ausbalanciert werden, um sicherzustellen, dass der Multilateralismus und die sorgfältig konzipierte Arbeitsweise der EU (direkte Umsetzung durch die Kommission, wie in den Verträgen festgelegt) auch im Falle eines wachsenden Populismus gewahrt bleiben. Dafür sollte sich das Parlament, gemeinsam mit der Kommission und allen fortschrittlichen europäischen Regierungen einsetzen.
- Aus verfahrenstechnischer Sicht könnte der Entwurf für die EU der nächsten Generation in Form eines neuen MFR-Vorschlags vorgelegt werden. Dies würde jedoch eine Wiederaufnahme des Gesetzgebungsverfahrens erforderlich machen, die mindestens zwei Jahre dauern würde. Dies wäre eleganter, würde aber große Schwierigkeiten mit sich bringen, auch in normaleren Zeiten ohne COVID-19-Krise.

Der Vorschlag wurde Ende Mai veröffentlicht, als die „Konferenz zur Zukunft Europas“ beginnen sollte. Symbolisch gesehen könnte der Vorschlag als ein informeller erster Schritt angesehen werden, der den Weg für den zweijährigen Prozess ebnet, und der über die Frage der Einstimmigkeit hinaus eine gründliche Diskussion darüber ermöglicht, wie die bestehenden Vertragsbestimmungen besser genutzt werden können oder ob man sich für eine Wiederaufnahme des Verfahrens entscheiden sollte, um die EU für die kommenden Jahrzehnte zu rüsten.

Edit Herczog

DIE INEFFIZIENZ DER EU

Es lässt sich nur schwer behaupten, dass der Umgang mit der Coronavirus-Krise dazu beigetragen habe, das Image der EU zu verbessern. In letzter Zeit wurden unzählige Stimmen laut, die einerseits die Untätigkeit und andererseits die Ineffizienz der EU kritisierten, wenn es um den Umgang mit dem Virus geht, von dem zu Weihnachten noch nahezu niemand wusste, dass es überhaupt existiert, auch wenn es inzwischen fast zur Familie zu gehören scheint. Die Zahl der Sitzungen auf höchster Ebene ist deutlich gestiegen, einschließlich des Europäischen Rates – die letzten Male bereits mit Fernteilnahme – und des Europäischen

Parlaments. Die operativen Schlüsse waren kärglich, die Umsetzung zäh, wenn sie nicht sogar aufgeschoben wurde.

Es wird sofort deutlich, dass keine schnellen Entscheidungen möglich sind, obwohl es so sein sollte. Doch das Problem ist nicht nur die technische oder rechtliche Komplexität oder ein Hieb seitens eines unserer Staats- und Regierungschefs im Stil von Margaret Thatcher. Diese Faktoren belasten zwar ganz zweifellos das notwendigerweise komplexe europäische Entscheidungsverfahren, doch das europäische Aufbauwerk weist schon seit einigen Jahren Mängel auf, die logischerweise die Verfechter Europas verzweifeln lassen und die Dilettanten und Beobachter in die Flucht treiben, die nichts damit zu tun haben wollen, auch wenn sie im Grunde uneingeschränkt betroffen sind. Die Europäische Union – die früheren Europäischen Gemeinschaften – entstand als Reaktion auf die nationalistischen Tendenzen, die im Laufe der Geschichte zu Kriegen und vielen Toten auf dem Kontinent geführt haben. 1945 hatten einige Elsässer bis zu drei Mal die Staatsangehörigkeit gewechselt, ohne ihr Dorf je verlassen zu haben. Gleiches ließ sich von einigen Tirolern und Polen sagen. Und aus diesem Grund entstand die EU.

Viele von uns bewegt noch heute der historische Diskurs von Kohl und Mitterrand bei der Plenartagung in Straßburg, als Mitterrand mit Nachdruck bekräftigte: „*Le nationalisme, c'est la guerre!*“ Für alle, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, gehörte dies alles der Vergangenheit an. Es war schier unvorstellbar. Und doch kam es kurze Zeit später zur Spaltung Jugoslawiens und all den Grausamkeiten, die vor den Augen von uns EU-Europäern an unsere Grenzen klopfen, wobei Uncle Sam einige Probleme für uns löste.

Warum erzähle ich das alles? Weil die COVID-19-Krise eine Welle des neugierigen Bekenntnisses zu Europa ausgelöst hat. Ein Bekenntnis zu Europa, das jetzt klare Handlungen einer EU will und fordert, der systematisch die rechtlichen und finanziellen Mittel verweigert wurden. Blair beklagte seinerzeit die mangelnde Integration der Forschung und des Universitätssystems in Europa, während gerade seine Regierung zu denen zählte, die die Fortschritte Europas in diesen Bereichen am meisten bremste. Es wäre hilfreich, den Standpunkt der europäischen Regierungen zu erfahren, wenn vorgeschlagen würde, die öffentliche Gesundheit in die Hände Europas zu legen. Wahrscheinlich wäre es angebracht und effizienter, doch wäre irgendeine Regierung bereit, diese Aufgabe abzugeben und an die EU zu übertragen? Würde das nicht als Angriff auf die staatliche Souveränität aufgefasst, so unwirksam sie auch sein mag? Gleiches gilt kaskadenartig für alle Regierungsebenen. Würden unsere regionalen Regierungen einwilligen, oder wäre es ein Eingriff in ihren Zuständigkeitsbereich? Stellen wir doch in der Zwischenzeit den großen Antrag von Delors zurück, der EU die Mittel an die Hand zu geben, die sie braucht, wenn sie ihre Ziele erreichen will.

Joan Colom i Naval

POLIZEIKONTROLLE AN DER FALSCHEN GRENZE

Die Schließung von Grenzen zu Nachbarstaaten war eine verbreitete Reaktion der nationalen Regierungen

in der Corona-Krise. Einige Grenzschießungen konnten durch Infektionsherde gerechtfertigt werden. In vielen Fällen handelte es sich jedoch lediglich um eine Placebo-Maßnahme ohne positive Wirkung, die jedoch zahlreiche negative Folgen hatte.

Familien wurden getrennt, die täglichen grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeiten blockiert und alte Vorurteile

wieder neu belebt. Die Nachricht von geschlossenen Grenzen lässt darauf schließen, dass die Gefahr von außen kommt. Doch das Coronavirus hat keine Staatsangehörigkeit! Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen Lehren aus den Herausforderungen dieser Pandemie ziehen. Wir brauchen eine stärkere Dezentralisierung der Beschlussfassung und ein gemeinsames grenzüberschreitendes Krisenmanagement. Die Behörden in den Regionen kennen die tatsächliche Lage besser als die Behörden in den entfernten Hauptstädten.

Die örtliche Polizei würde nicht die falsche Grenze kontrollieren, wie dies in meiner Heimatregion, dem Saarland, der Fall war.

In der Nähe des berühmten Ortes Schengen befindet sich auf der deutschen Seite ein Kreisverkehr: eine Straße führt nach Frankreich, die andere nach Luxemburg.

Die deutsche Bundespolizei, die von außerhalb angereist war, kontrollierte die falsche Grenze. Die Grenze zu Frankreich wurde zwar noch überwacht, aber die Polizei kontrollierte alle, die aus dem luxemburgischen Schengen kamen oder dorthin fuhren. Das ist doppelt ironisch. Trotz aller Frustration der vergangenen Monate gab es auch lustige Situationen, die Anlass zu Gelächter boten. So etwa das berühmte Foto eines Deutschen in einem Grenzort, der es gewöhnt war, sein Baguette jeden Sonntagmorgen in der Bäckerei im französischen Nachbardorf zu kaufen. Er nahm seine Angelrute samt Angelschnur, warf sie über den abgesperrten Grenzübergang aus und angelte sich so das Baguette, das die Bäckereiverkäuferin ihm an die Angelrute hängte. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Nicht nur, wenn es um Baguette geht, sondern auch mit Blick auf die Erholung in der EU. Packen wir es an!

Jo Leinen

WACHSENDE FLÜCHTLINGSZAHL ERFORDERT NEUEN ANSATZ DER EU-MIGRATIONSPOLITIK

Heute sind weltweit 79,5 Millionen Menschen auf der Flucht, wie ein Bericht des UNHCR belegt. Das entspricht mehr als einem Prozent der Weltbevölkerung. Vor zehn Jahren waren es erst halb so viele.

„Vertreibung ist kein kurzfristiges und vorübergehendes Problem mehr“, sagt Filippo Grandi, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge. Die Europäische Union wird sich darauf einstellen müssen – allerdings weniger in ihren Mitgliedsländern als im Umgang mit Drittländern. Es besteht kein Grund zur Aufregung in der EU: der Anstieg der Flüchtlingszahlen geht weitgehend an Europa vorbei. Die meisten überqueren noch nicht einmal eine Grenze, sie suchen Zuflucht innerhalb des eigenen Landes. Diese Binnenvertriebenen machen heute 45,7 Millionen Menschen aus. Sie suchen zunehmend wegen der Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo, in der Sahelzone, im Yemen oder in Syrien das Weite. In Burkina Faso gab es z.B. Anfang 2019 rund 80 000 Binnenvertriebene, heute sind es infolge der Angriffe dschihadistischer Milizen oder der staatlichen Armee mit fast 850 000 etwa zehnmal so viele.

In ein anderes Land geflüchtet sind insgesamt 29,6 Millionen Menschen, in letzter Zeit allein 3,6 Millionen Hilfesuchende von Venezuela in ein südamerikanisches Nachbarland. Die große Zahl der internationalen Flüchtlinge stammt aus nur fünf Ländern: 6,6 Millionen aus Syrien, 2,7 Millionen aus Afghanistan, 2,2 Millionen aus Süd Sudan, 1,1 Millionen aus Myanmar. Sie überschreiten zwar Grenzen, bleiben aber auch eher in der Nachbarschaft. 85 Prozent der Schutzsuchenden kommen nicht nach Europa, sondern bleiben in armen Ländern, 80 Prozent sogar in Regionen oder Ländern, die von Unterernährung betroffen sind. Weniger als 10 Prozent suchen Hilfe in Europa. Die meisten internationalen Flüchtlinge leben in der Türkei (3,6 Millionen), in Kolumbien (1,8 Millionen) sowie in Pakistan und Uganda (jeweils 1,4 Millionen), gefolgt von Deutschland (1,15 Millionen) mit der höchsten Flüchtlingszahl Europas. Der Blick auf diese Zahlen ergibt gemessen an der Einwohnerzahl jedoch ein falsches Bild. In Deutschland ist nur jeder 72. Einwohner ein Flüchtling, in der Türkei ist es jeder 23., in Jordanien jeder 15. und im Libanon sogar jeder 7. Die Covid-19-Pandemie, die eine globale Wirtschaftskrise ausgelöst hat, kommt erschwerend hinzu. Die meisten Geflüchteten und Vertriebenen leben in Gegenden mit extrem begrenzten Ressourcen.

„Die neuen Flüchtlingszahlen müssen für alle ein Alarmsignal sein,“ sagt David Miliband, der Präsident des International Rescue Committee (IRC). „Heute brauchen wir mehr denn je einen europäischen Ansatz, der nicht die Grenzen, sondern die Menschen in den Mittelpunkt der Migrationspolitik stellt“. Man kann nur hoffen, dass es der deutschen Präsidentschaft gelingt, einen Pakt der EU zu Migration und Asyl auf den Weg zu bringen, der diesem Anspruch gerecht wird und z.B. dem eskalierenden Konflikt in Libyen und auch den desaströsen

Bedingungen auf den griechischen Inseln etwas entgegengesetzt. Mit gutem Willen aller Beteiligten sollte es möglich sein, sich auf ein Konzept zu verständigen, das außerhalb der EU hilft und unterstützt und innerhalb eine Form der verteilten Lasten findet, mit der alle zurechtkommen.

Karin Junker

JOSÉ VIDAL-BENEYTO – EIN VORBILDLICHER EUROPÄER

Vor zehn Jahren starb ein spanischer Intellektueller und Politiker, der einen Sitz im Europäischen Parlament verdient gehabt hätte, und dies nicht wegen seines angeborenen Widerstands gegen irgendeine Parteidisziplin, obwohl sein Weltbild und sein Engagement stets im linken politischen Lager verortet waren.

Das Eintreten des 1927 in Carcaixent geborenen José Vidal-Beneyto für das europäische Aufbauprojekt kam in seiner Tätigkeit als Generaldirektor für Bildung und Kultur des Europarates (1985–1991), anschließend bis 1993 als Berater für Kultur und Kommunikation bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und dann als leitender Sonderberater der UNESCO (1993–1999) für die kulturelle Annäherung über das Mittelmeer hinweg zum Ausdruck. Zudem förderte er im Bildungsbereich – aus eigener Initiative und sogar auf eigene Kosten – die Kenntnis und Vermittlung der kulturellen Dimension Europas durch die Gründung des „Collège des Hautes Études Européennes Miguel Servet“, das an jenen spanischen Wissenschaftler und Theologen des 16. Jahrhunderts erinnert, der von der katholischen Kirche verfolgt und von den Calvinisten hingerichtet wurde.

Vidals hat ein sehr umfangreiches schriftliches Werk hinterlassen, das soziologischen, kulturellen und politischen Themen zugewandt ist.

Für die spanischen Demokraten wird das Andenken an José (Pepín) Vidal-Beneyto stets unauslöschlich bleiben, wenn wir uns weit zurückliegende, aber erinnerungswürdige Ereignisse vergegenwärtigen, wie den IV. Kongress der internationalen europäischen Bewegung 1962 in München, die Spaniern die Gelegenheit bot, sich mit im Exil lebenden Landsleuten zu treffen und sich mit ihnen über den Weg zu einer friedlichen, aber authentischen Annäherung an die Demokratie in unserem Land und zum Eintritt in die damaligen Europäischen Gemeinschaften auszutauschen.

Dieses Treffen, dass die Franco-Diktatur als „Verschwörung“ bezeichnete, um die Repression zu rechtfertigen, die sich gegen die Anwesenden richtete, wurde zum großen Teil von Vidal-Beneyto organisiert, der unter dem Pseudonym „Herr Zabala“ nach heimlicher Grenzüberschreitung mit uns Teilnehmern auf beiden Seiten Kontakt aufnahm.

Nach der Rückkehr Spaniens zur Demokratie im Jahr 1976 stellte Vidal-Beneyto das, was er als „Erosion des historischen Gedächtnisses“ bezeichnete, nämlich das Fortbestehen der

„politischen Klasse Francos“ (in der sozialen Pyramide) und „ihre Bekehrung zu glühenden (?) Verfechtern neuer Prinzipien“ nachdrücklich in Frage. In der Europapolitik forderte Vidal-Beneyto stets ein „politisches, soziales und ökologisches Europa“.

Die halbherzigen Maßnahmen, wie das Fehlen transnationaler parlamentarischer Wahllisten, keine Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament, häufige Einstimmigkeit im Rat und die „Governance“ der Technokraten, bei der Institutionalisierung Europas wurden vom inzwischen Verstorbenen heftig kritisiert, so dass er 2005 zusammen mit einem Teil der französischen Sozialistischen Partei gegen die Ratifizierung des Verfassungsprojekts durch Frankreich kämpfte, was am Ende zum „nein“ des Landes gemeinsam mit den Niederlanden führte, jedoch inzwischen (durch eine weitere glückliche Fügung) zumindest teilweise durch den Vertrag von Lissabon überwunden wurde.

Die taktischen Differenzen zwischen Vidal und mir haben unsere Freundschaft nicht getrübt. Er wollte mehr, uns Spaniern, die mit „ja“ stimmten, genügten die konstitutionellen Fortschritte.

Diese Meinungsverschiedenheit erinnert mich an die Kontroverse, die ich mit Altiero Spinelli ausfocht, als ich 1986 meinen Sitz im Europäischen Parlament einnahm und mich weigerte, mich seiner Kampagne gegen die Einheitlichen Europäischen Akte anzuschließen, die er wegen ihres seiner Ansicht nach zu wenig ausgeprägten föderalen Charakters ablehnte.

Spinelli und Vidal-Beneyto, die Verteidiger des Maximums, konnten nicht verstehen, dass andere diese Möglichkeit akzeptierten.

Aber ohne ihre Forderungen wären unsere Schritte wahrscheinlich nur als gute Vorsätze versendet.

Danken wir also dem „Löwen von Ventotene“ und José Vidal-Beneyto, dem „Löwen von Carcaixent“, für ihre ihnen damals vorgeworfenen Maximalforderungen.

Carlos M^a Bru Purón,

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH ZUM 85 GEBURTSTAG JOSÉ MARÍA

Es freut mich sehr, den 85. Geburtstag von José María Gil Robles mit diesem kurzen Essay zu feiern. Erst vor ein paar Wochen haben wir uns zuletzt ausgetauscht. Jeden Abend sahen wir hier in Irland – wie in ganz Europa – in den Nachrichten die erschreckenden Bilder so vieler leidender Menschen in Italien und Spanien und anderenorts auf unserem Kontinent. Es war traurig zu sehen, wie Orte und Menschen, die uns so nahestehen und uns so am Herzen liegen, gegen die COVID-19-Pandemie kämpften. Ich dachte an José María und seine Familie, sein vorgerücktes Alter und seine mögliche Gefährdung. Ich fragte mich, ob ich mich bei ihm melden sollte oder ob dies unter diesen Umständen unbedacht wäre. Ich sandte ihm eine

kurze Nachricht und erhielt schnell die erfreuliche Antwort: „Zum Glück geht es uns allen gut“. Zum Glück, mein lieber Freund, können wir mit dir und den Kollegen aus dem Verein der ehemaligen Mitglieder dieses wichtige Ereignis in deinem langen und beachtlichen Leben feiern. Ich spreche bewusst nicht von Karriere, denn José María ist und war niemals ein Karrierist.

Unsere Wege haben sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gekreuzt. Wir wurden beide 1989 ins Europäische Parlament gewählt. Wir hatten beide das Privileg, ihm als Präsident vorzustehen. Wir waren beide Vorsitzende des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Europäischen Bewegung International und der Jean-Monnet-Stiftung für Europa. Immer wenn José María aus einem Amt ausschied, folgte ich ihm, zwar nicht in allen Fällen unmittelbar, aber zu gegebener Zeit. Tatsächlich habe ich José María, seit wir 2004 gleichzeitig aus dem Europäischen Parlament ausgeschieden sind, noch besser kennen und persönlich schätzen gelernt als während unserer Amtszeit als MdEP.

Ein langes Leben ist wie ein Theaterstück mit mehreren Akten. Politik und öffentlicher Dienst waren Teil der persönlichen und kulturellen DNS, die José María von seinem Vater geerbt hatte. Der junge José María verbrachte seine Kindheit und die prägenden Jahre seiner Jugend in Estoril, wo er mit seinen Eltern im Exil lebte. Er war keine zehn Jahre alt, als der Zweite Weltkrieg in Europa endete, und er kehrte im Alter von siebzehn Jahren nach Spanien zurück, um ein Jurastudium aufzunehmen. Estoril war zum damaligen Zeitpunkt eine Art kultureller und sprachlicher Schmelztiegel mit vielen Familien, die aus dem besetzten Europa geflohen waren. Hier erwarb José María bereits in jungen Jahren Kenntnisse der portugiesischen, französischen, englischen und italienischen Sprache, ein Geschenk des Zufalls, das ihm in späteren Jahren zugutekam.

Er ist ein ausgezeichnete Jurist, der als Rechtsberater für die Cortes, über mehrere Jahrzehnte als praktizierender Rechtsanwalt und Mitgliedschaft in mehreren spanischen Anwaltskammern sowie als Autor zahlreicher Veröffentlichungen, insbesondere zum parlamentarischen und öffentlichen Recht, tätig war. Gleichzeitig engagierte er sich viele Jahre in der Christlich-Demokratischen Bewegung in Spanien. All diese Elemente in seinem Leben gipfelten, als er Mitte fünfzig war, in seiner Wahl ins Europäische Parlament sowie in den wichtigen Funktionen, die er dort und seither generell für die europäische Sache übernahm.

Doch dieser ruhig und friedlich auftretende Mann mit menschlicher Tiefe lässt sich nicht anhand seiner Taten, sondern anhand seines Wesens am besten beschreiben. Ich fand ein Zitat von Abraham Lincoln, das meiner Ansicht nach auf José María zutrifft:

„Ein Charakter ist wie ein Baum und der gute Ruf wie sein Schatten. Der Schatten ist das, was wir darüber denken; der Baum ist das Echte“. José María Gil Robles ist ein Mann mit

Charakter, und ich bin stolz darauf, ihn meinen Freund nennen zu dürfen. Herzlichen Glückwunsch zum 85. Geburtstag, José María.

Pat Cox

HOUSE OF DEMOCRACY

Es gibt ein bekanntes englisches Sprichwort, das besagt: „Old Soldiers never Die, They Simply Fade Away“. Ich als „altes“ MEP hatte und habe nicht die Absicht, einfach so zu verblassen. Ich als alter MEP kehrte also im Jahr 2005 zu meinen regionalen Wurzeln zurück und wurde in den lokalen Grafschaftsrat von Hampshire und anschließend zu dessen Vorsitzenden gewählt. Hampshire ist eine blühende Region mit rund 1,5 Millionen Einwohnern im Süden Englands. In der Kreisstadt Winchester ist eine Statue nicht zu übersehen. Das ist die Statue von König Alfred dem Großen, der einzige englische König, der den Beinamen „der Große“ erhielt und von einigen als der Gründer Englands angesehen wird, der die Dänen in der Schlacht von Edington im Jahre 878 n. Chr. besiegt hat. Befindet sich England seit dem mit Teilen Europas im Krieg? Ich befürchte es fast.

Hampshire war und ist seit langem Mitglied der Versammlung der Regionen Europas. Und ich war für einige Zeit sogar ihr Vizepräsident.

Die Versammlung der Regionen Europas zählt Menschen aus ganz Europa von der Türkei bis Norwegen, von Weißrussland bis Großbritannien und somit also nicht nur aus den EU-Mitgliedsstaaten zu ihren Mitgliedern.

Demokratie ist auf allen Ebenen angefangen vom Dorf oder der Stadt über Regionen und Staaten bis hin zu supranationalen Gremien wie die EU wichtig. Im Mittelpunkt der Demokratie steht die Freiheit des Einzelnen.

Ebenso wie Parlamente und Räte basieren Demokratien auf Prinzipien wie Vereinigungsfreiheit, Redefreiheit und Rechtsstaatlichkeit. All diese Prinzipien sind aktuell in Teilen der Welt, so auch in Europa, Risiken ausgesetzt.

Für viele Jahre in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schien Demokratie das zwangsläufige Ergebnis für die ganze Welt zu sein, was insbesondere für die Zeit nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gilt. Aber ist das so? Ist die Demokratie so sicher, dass selbst in den USA ein Präsident Truppen aus dem Weißen Haus heraus befehlen kann, Tränengas abzufeuern, um friedliche Demonstranten zu vertreiben?

Aus diesem Grund und, weil ich nicht gerne einfach so verblassen möchte, habe ich mit Freude eine neue NGO mit Sitz in Brüssel unterstützt. Es handelt sich hierbei um das House of Democracy - Human Centred Development. Das Gremium ist parteiübergreifend. Den Vorsitz führt ein türkischer Arzt, ein ehemaliger Vizepräsident der Region Istanbul. Zu den Gründern

gehören ein ehemaliger deutscher Generalsekretär der Versammlung der Regionen Europas und ein junger Schweizer, der Präsident des Europäischen Jugendnetzwerks der Versammlung der Regionen Europas ist.

Unser für den 16. März in Brüssel geplanter Start musste leider wegen COVID-19 verschoben werden. Aber wir veröffentlichen natürlich Ideen und Artikel wie beispielsweise über COVID-19 und die Demokratie auf der Internetseite.

Wir freuen uns, wenn Sie, wenn Sie dabei mithelfen möchten, die Demokratie zu verteidigen und Präsident Obama in seiner Antrittsrede zustimmen, in der er ein anderes bekanntes Sprichwort: „All that is necessary for evil to succeed is for good men and women to do nothing“ zitierte, uns einmal auf unserer Internetseite unter www.houseofdemocracy.com besuchen.

Roy Perry

DER VIERTE BAND DES EUROPA-RADWEGS EISERNER VORHANG

Der Europa-Radweg Eiserner Vorhang

In diesem Jahr begehen wir das Gedenken an 30 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs in Europa. Bereits im Jahr 2015 hat das Europäische Parlament die Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, „die Initiative ‚Europa-Radweg Eiserner Vorhang‘ umzusetzen [...], um die europäische Identität zu fördern“.

Die Route verläuft entlang der Westgrenze der ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes durch 20 Länder, von denen 15 EU-Mitgliedstaaten sind. Nach der norwegisch-russischen und der finnisch-russischen Grenze passiert die Route die Küstenstreifen von Estland, Lettland, Litauen, Kaliningrad, Polen und der ehemaligen DDR. Anschließend folgt die Route dem ehemaligen innerdeutschen Grenzstreifen bis zum Dreiländereck zwischen Sachsen, Bayern und der Tschechischen Republik und überquert in der slowakischen Hauptstadt Bratislava die Donau. Nach der österreichisch-ungarischen Grenze führt der Radweg weiter durch Slowenien und Kroatien und folgt zwischen Rumänien und Serbien dem Lauf der Donau. Nachdem die Strecke durch Bulgarien, Nordmazedonien und Griechenland verlaufen ist, endet sie schließlich an der bulgarischen Schwarzmeerküste am nördlichsten Punkt der Türkei.

Als EuroVelo 13 gehört der Radweg, der unter der Schirmherrschaft von Marianne Birthler, Vaclav Havel und Lech Wałęsa steht, zu dem EuroVelo-Konzept der EU. Auf dem ehemaligen Todesstreifen lassen sich die Geschichte, Politik, Kultur und Natur Europas erkunden.

Ich habe den fünfbändigen Radtourenführer in englischer und deutscher Sprache verfasst. Unter dem Motto „Unbuilding Walls“ war die Initiative 2018 Teil der Biennale in Venedig. 2019 wurde der Europa-Radweg Eiserner Vorhang <https://de.eurovelo.com/ev13> von Hans-Gert Pöttering im Haus der Europäischen Geschichte vorgestellt und vom Europarat als „Kulturroute“ zertifiziert.

Michael Cramer

FOCUS

PANDEMIEN

Die Menschheit bereitet sich wieder einmal darauf vor, die Auswirkungen einer weltweiten Pandemie zu bekämpfen, die Tausende von Todesopfern fordert und zahlreiche wirtschaftliche und soziale Folgeschäden mit sich bringt. Die Erinnerungen an die am weitesten zurückliegenden geschichtlichen Ereignisse berichten uns im Detail von den Krankheiten, die das mittelalterliche Europa plagten. Die fälschlicherweise als „Spanische“ Grippe bezeichnete Influenza, die zu Anfang des letzten Jahrhunderts ausbrach, und andere neuere, aber nicht weniger tödliche Krankheiten, wie die Cholera oder Ebola zählen zu unseren jüngsten Erinnerungen. Wir haben Erfahrungen gesammelt sowie Therapien und Impfstoffe angewandt. Aber etwas hat sich grundlegend geändert, und dieses Etwas heißt Globalisierung. Dieses Phänomen, das einige ausschließlich auf das Wirtschaftsleben beschränken wollten, geht weit darüber hinaus und umfasst heute alles, was von der Menschheit entwickelt, hergestellt oder konsumiert werden kann. Kultur, ebenso wie Wirtschaft und Migration, kennen keine Grenzen mehr. Krankheiten und Pandemien auch nicht. Im Rahmen dieser den ganzen Globus umspannenden Dimension machen wir heute AIDS und COVID-19 die Kampfansage. Auch wenn die Übertragungsformen völlig unterschiedlich sind, sind im 21. Jahrhundert beide Erkrankungen zu der wichtigsten gesundheitspolitischen Herausforderung der Menschheit geworden. Diese Problematik zeigt sich auf verschiedenen Ebenen, aber ich möchte sie in drei Bereichen zusammenfassen.

Der erste betrifft die Wissenschaft. Der Kampf gegen die AIDS-Pandemie, den ich an vorderster Front miterleben durfte, hat deutlich gemacht, dass die Zusammenarbeit von Fachkräften aus Forschung, Wissenschaft und Klinik entscheidend für den Fortschritt ist. Die Verbreitung von Informationen in Echtzeit ist unverzichtbar geworden. Das trifft auch auf

COVID-19 zu. In nur wenigen Monaten wurde eine spektakuläre Menge an Wissen hervorgebracht. Der Betrag, der zur Finanzierung dieser Bemühungen erforderlich war und mit privatem und öffentlichem Kapital aufgebracht wurde, sollte eine allgemeine und unterschiedslose gesellschaftliche Nutzung dieses Wissens sicherstellen. Die Erfahrungen, die uns zeigten, wie schwierig der Zugang zu einer AIDS-Therapie aufgrund deren hoher Kosten war, sollte uns in Alarmbereitschaft versetzen. Niemand darf oder sollte aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen von den Fortschritten der Wissenschaft ausgeschlossen sein.

Der zweite Bereich ist pädagogischer Natur und im besten Sinne des Wortes restriktiv. Hierbei geht es um die persönliche Verantwortung des Einzelnen für seinen eigenen Körper und gegenüber anderen. Wenn unangemessene Verhaltensweisen Einzelner einen Angriff auf die Gesundheit der Bevölkerung darstellen, haben die demokratischen Kräfte das Recht, der unsolidarischen Person entsprechende Strafen aufzuerlegen. Das elementare Prinzip einer wissenschaftsbasierten Vorsorge sollte die Grundlage für angemessene Regelungen und Beschränkungen sein. Wenn Gesundheit zu einem kollektiven, von der gesamten Gesellschaft akzeptierten Recht wird, verliert sie einen Teil ihrer Privatsphäre und tritt in die kollektive Sphäre ein.

Der dritte Bereich betrifft Europa und seine Institutionen. Diese Pandemie und ein möglicher Anstieg der Zahl der Infizierten werden ohne eine starke Sozialpolitik auf europäischer Ebene nicht aufzuhalten sein. Neue Vereinbarungen und Prioritäten müssen dringend festgelegt werden. Politische Strategien von großer Tragweite im Rahmen eines starken Europas sind von wesentlicher Bedeutung. Das Recht auf Gesundheit ist laut WHO das fundamentalste Menschenrecht; ein Recht, das für alle gelten muss. Es ist bekannt, dass soziale Ungleichheit und Armut Krankheiten verschärfen. Den Nutzen gut durchdachter und gezielter öffentlicher Ausgaben anzuerkennen ist deshalb notwendiger denn je. Sollen die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in ihre Institutionen haben, dann sollte insbesondere zu Zeiten einer Pandemie der einseitige Blick auf Haushaltsfehlbeträge und Schulden zugunsten des allgemeinen Nutzens vermieden werden.

Dr. med. Caterina Mieras Barceló

„DIE COVID-19-PANDEMIE IST NOCH NICHT VORBEI, UND WIR MÜSSEN WACHSAM BLEIBEN“

Die COVID-19-Pandemie hat in Europa und weltweit zu einem beispiellosen Notstand im Bereich der öffentlichen Gesundheit geführt. Bis Mitte Juni 2020 wurden weltweit über acht Millionen Infektionen gemeldet, darunter fast eine halbe Million Todesfälle. Dies ist nicht nur

eine menschliche Tragödie, sondern hat auch enorme sozioökonomische Auswirkungen auf unsere Gesellschaften.

Am 31. Dezember 2019 wurde in Wuhan, in der chinesischen Provinz Hubei, eine Häufung von Lungenentzündungen unbekannter Ätiologie, darunter mehrere schwere Fälle, gemeldet. Zehn Tage später meldete die chinesische Gesundheitsbehörde ein neuartiges Coronavirus als Erreger dieses Ausbruchs, die Coronavirus-Krankheit 2019 (COVID-19), die zuvor bei Menschen noch nicht aufgetreten war [1,2]. Ausbrüche neuartiger Virusinfektionen unter Menschen sind immer ein Problem für die öffentliche Gesundheit, da es nur wenig Wissen über die Eigenschaften des Virus, seine Verbreitung unter Menschen, potenzielle Risikogruppen, den Schweregrad der daraus resultierenden Infektionen und deren Behandlung gibt.

Unser Team für epidemiologische Informationen am Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 31. Dezember 2019 die allerersten Signale vernommen, und seither beobachtet das ECDC die Lage aufmerksam und hat seine interne Bereitschaft im Notfall-Lagezentrum im Januar 2020 auf die höchste Stufe angehoben. Derzeit tragen rund 100 Experten des ECDC mit ihrer Tätigkeit zur Arbeit bezüglich COVID-19 bei, indem sie die Entwicklungen sowohl in der EU als auch weltweit genau beobachten und Karten und Tabellen auf unserer Website täglich aktualisieren. Wir aktualisieren regelmäßig unsere Risikobewertungen, Leitfäden und Fachpublikationen und leiten die Mitgliedstaaten über Video- oder Telefonkonferenzen, Webinare, Schulungen und den Austausch von Fachdokumentation an, wodurch die EU- und EWR-Länder und die EU-Organe wirksam unterstützt werden.

Während der gesamten Dauer der Pandemie arbeitet das ECDC eng mit Kollegen in der Europäischen Kommission zusammen und beteiligt sich am Meinungsaustausch mit anderen EU-Organen wie dem Rat und dem Europäischen Parlament sowie mit der WHO und anderen Gesundheitsbehörden, insbesondere aus China, den USA und Afrika. Wir nehmen auch an den Sitzungen des Gesundheitssicherheitsausschusses, des Rats (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) (EPSCO) und der Integrierten EU-Regelung für die politische Reaktion auf Krisen (IPCR) teil. Für die EU-Bürger erstellen wir fortlaufend Informationsmaterial und sind in sozialen Medien aktiv.

Wissenswertes und Unbekanntes über das SARS-CoV-2-Virus:

Während man davon ausgeht, dass Tiere die ursprüngliche Quelle waren, verbreitet sich das Virus inzwischen durch Übertragung von Mensch zu Mensch. Das Virus wird hauptsächlich über kleine Atemtröpfchen durch Niesen, Husten oder, wenn Menschen einige Zeit lang in unmittelbarer Nähe miteinander in Kontakt sind, übertragen.

Aktuelle Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die infektiöse Phase ein bis drei Tage vor dem Auftreten von Symptomen beginnen kann, aber die Menschen sind wahrscheinlich während der symptomatischen Phase am meisten infektiös, auch wenn die Symptome mild und sehr

unspezifisch sind. Das Virus wurde auch bei Menschen nachgewiesen, die zwar infiziert sind, aber nie Symptome entwickeln, aber es gibt immer noch keine eindeutigen Beweise dafür, ob diese Personen eine Hauptursache für die Epidemie sind.

Während in der Mehrheit der Fälle von COVID-19 ein leichter Krankheitsverlauf zu beobachten ist, zeigt die Analyse der Daten des Europäischen Überwachungssystems (TESSy), dass das Risiko einer Krankenhauseinweisung mit dem Alter rasch ansteigt und dass das Sterberisiko ab einem Alter von 50 Jahren zunimmt. Die meisten Krankenhausaufenthalte und Todesfälle sind unter den ältesten Altersgruppen zu finden [3].

Menschen über 70 Jahre und Menschen mit Vorerkrankungen (z.B. Bluthochdruck, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronische Atemwegserkrankungen und Krebs) gelten als stärker gefährdet, schwere Symptome zu entwickeln.

Was können wir für den Herbst und in der Zukunft erwarten?

COVID-19 hat sich bereits über die ganze Welt verbreitet. Wenn es an einem Ort kontrolliert wird, kann es von einem anderen Ort wieder zu uns gelangen, sodass wir es in absehbarer Zeit auf die eine oder andere Weise mit diesem Virus zu tun haben werden. Es ist noch zu früh, um Schlussfolgerungen über ein mögliches saisonales Auftreten der Krankheit zu ziehen.

Die potenzielle Verfügbarkeit von Impfstoffen oder wirksamen Therapien kann die Gesamtlage erheblich verändern.

Angesichts der vielen Ungewissheiten und Unklarheiten über die Entwicklung der COVID-19-Pandemie, aber auch aufbauend auf den bisher gewonnenen Erkenntnissen, müssen wir uns gegen eine mögliche zweite Welle im Laufe dieses Jahres wappnen. Dazu sollten umfassende Test- und Kontaktverfolgungskapazitäten, die Sicherstellung rechtzeitiger Überwachungssysteme zur sofortigen Erkennung eines Anstiegs der Fälle und die Vorbereitung der Krankenhäuser, einschließlich der Bevorratung mit wichtiger Ausrüstung und Medikamenten, gehören. Überprüfungen nach der Durchführung von Maßnahmen könnten als Orientierungshilfe für eine solche Planung dienen [4], und das ECDC ist bereit, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen. [5]

Entscheidend ist auch, dass die Bevölkerung ständig daran erinnert wird, wie wichtig das Verhalten jedes einzelnen Menschen ist: Abstand halten, gründliche Handhygiene, Gesichtsmasken, wenn der Abstand nicht eingehalten werden kann, und häusliche Quarantäne im Falle von Symptomen.

Die Pandemie ist noch nicht vorbei, und es ist noch nicht an der Zeit, in der Wachsamkeit nachzulassen. Wir werden uns auf eine „neue Normalität“ einstellen müssen.

Unsere gemeinsamen Maßnahmen ermöglichen es uns, die Ausbreitung des Virus unter Kontrolle zu halten.

Andrea Ammon, Direktor der ECDC

Auf der eigens zur COVID-19-Pandemie eingerichteten Website des ECDC finden Sie die Leitfäden und Veröffentlichungen der Agentur sowie die neuesten Daten zur epidemiologischen Situation in Europa und weltweit (Link).

Referenzen:

[1] News X. Experts claim that a new coronavirus is identified in Wuhan 2020 [14. Januar 2020]. Abrufbar unter: http://www.xinhuanet.com/2020-01/09/c_1125438971.htm

[2] Das neuartige Coronavirus wurde am 12. Februar 2020 als schweres akutes respiratorisches Syndrom-Coronavirus-2 (SARS-CoV-2) bezeichnet, während die damit verbundene Krankheit als COVID-19 genannt wird. [https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019/technical-guidance/naming-the-coronavirus-disease-\(covid-2019\)-and-the-virus-that-causes-it](https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019/technical-guidance/naming-the-coronavirus-disease-(covid-2019)-and-the-virus-that-causes-it)

[3] Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC): Methodology for estimating point prevalence of SARSCoV-2 infection by pooled RT-PCR testing Stockholm: ECDC; 2020 [9. Juni 2020]. Abrufbar unter: <https://www.ecdc.europa.eu/sites/default/files/documents/Methodology-estimating-point-prevalence%20- SARS-CoV-2-infection-pooled-RT-PCR-testing.pdf>.

[4] ECDC Technical report - Conducting in-action and after-action reviews of the public health response to COVID-19: <https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/conducting-action-and-after-action-reviews-public-health-response-covid-19>

[5] ECDC Rapid Risk Assessment - Coronavirus disease 2019 (COVID-19) in the EU/EEA and the UK – tenth update: <https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/rapid-risk-assessment-coronavirus-disease-2019-covid-19-pandemic-tenth-update>

LEHREN AUS DER CORONAVIRUS-PANDEMIE

Die COVID-19-Pandemie traf uns unvorbereitet und öffnete uns die Augen für unsere Verletzlichkeit als Individuen und für die Zerbrechlichkeit aller unserer gesellschaftlichen Systeme. Wir haben erkannt, dass die Lebensqualität, die wir in der Europäischen Union genießen, nicht selbstverständlich ist und vor allem auch nicht immer gleichbleibend sein muss.

Zum ersten Mal in der Geschichte beschlossen die EU-Organe und die Regierungen der Mitgliedstaaten, das öffentliche Leben vollständig einzuschränken und entsprechende Maßnahmen durchzusetzen. Geschlossene Grenzen, Flughäfen, Schulen und Universitäten

sowie abgesagte Kultur- und Sportveranstaltungen – das öffentliche Leben kam komplett zum Erliegen. Wir wurden in unseren eigenen vier Wänden unter Quarantäne gestellt.

Welche Lehren können wir aus der Pandemie ziehen? Wir müssen unsere Gesundheitssysteme für solche Ereignisse besser wappnen. Wir brauchen ausreichend Personal, Vorräte an Schutzausrüstung, vor allem für im Gesundheitswesen tätige Personen, Kapazitäten in den Isolierstationen der Krankenhäuser und entsprechende medizinische Ausrüstung wie Beatmungsgeräte.

Die EU-Organe müssen die Art und Weise verbessern, wie sie mit den EU-Bürgern kommunizieren, nicht nur in Zeiten einer Pandemie. Den Bürgern muss deutlich gemacht werden, wie sie im Falle einer Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit geschützt werden, und sie müssen sich dessen bewusstwerden, wie wichtig unsere Gemeinschaft und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sind.

Um Leben zu retten, ist es von entscheidender Bedeutung, dass eine solche Krise rechtzeitig erkannt wird und dass die EU-Organe und Regierungen in den Mitgliedstaaten rechtzeitig handeln. Verzögertes Handeln und politischer Populismus untergraben im Falle einer Pandemie die öffentliche Gesundheit in gefährlicher Weise.

Wir müssen all jene psychologisch auf die Pandemie vorbereiten, die an vorderster Front stehen, das heißt in erster Linie das Personal im Gesundheitswesen und alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die für die Grundversorgung mit Lebensmitteln, Energie und Telekommunikationsmitteln zuständig sind.

In der Zeit der Pandemie haben wir einen Riesenschritt in Richtung einer digitalen Gesellschaft gemacht, in Form von Telearbeit, Videokonferenzen mithilfe von Zoom oder WebEx, medizinischer Fernversorgung, Fernunterricht und Fernkommunikation mit Freunden. Ältere Menschen müssen beim Umgang mit digitalen Technologien kontinuierlich angeleitet werden, da diese Fähigkeiten für sie nicht so selbstverständlich sind wie für die jüngeren Generationen der sogenannten „digital natives“.

Die COVID-19-Pandemie hat anfangs auch unserer Nahrungsmittelversorgung einen Schock versetzt, was die Angst der Menschen während der Quarantäne noch verstärkte. Wir müssen die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in der EU erhöhen, was auch ein Thema meines Buches „Start Up Europe“ ist.

Der infolge der Krise verringerte Konsum führt zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, aber auch zu weniger Umweltverschmutzung. Dies wirft wichtige Fragen auf, wie wir künftig weniger ausgeben, die Arbeitslosigkeit bekämpfen und für eine gute Lebensqualität sorgen können, während sich gleichzeitig unsere Gewohnheiten ändern.

Wir müssen der Anfälligkeit kleiner und mittlerer Unternehmen für mögliche Störungen infolge der Pandemie durch eine angemessene Steuerpolitik und durch die Förderung einer Ausrichtung auf neue Geschäftsmodelle entgegenwirken.

Nach dem Ende der Pandemie und dem Übergang zu einer „neuen Normalität“ ist es unerlässlich, sich mit den Bürgern darüber auszutauschen, wie wir unsere Lebensgewohnheiten an diese neue Zeit anpassen können, die von der anhaltenden Bedrohung der öffentlichen Gesundheit durch eine zweite Pandemiewelle geprägt ist. Auf

persönlicher Ebene müssen wir jedoch auch viel mehr darüber nachdenken, was für uns wichtig und was weniger wichtig ist.

Zofija Mazej Kukovič

WIE KANN DIE COVID-19-KRISE DIE RADIKALE INNOVATION VORANBRINGEN?

Die Notfallinitiativen zur Bewältigung der COVID-19-Krise verdeutlichen, wie öffentliche Beschaffung Innovation beschleunigt und voranbringt. Rechtsvorschriften werden häufig als Hindernis für Innovation bezeichnet. Doch rechtliche Auflagen standen offenbar den Reaktionen auf COVID-19 nicht im Wege. Tatsächlich haben die EU-Gesetzgeber explizit die Nutzung bestehender rechtlicher Instrumente gefördert und ihre Flexibilität betont.

Angesichts der anspruchsvollen Ziele, denen sich die EU-Behörden gegenübersehen, wenn sich die Weltwirtschaft wieder erholt, wird es von wesentlicher Bedeutung sein, das Potenzial der innovativen Beschaffung besser auszuschöpfen. Lösungen müssen schneller entwickelt und umgesetzt werden. Innovativere Anbieter sollten gefördert werden, damit neue Partnerschaften zwischen Unternehmen, Universitäten und Forschungsinstituten entstehen. Die Reaktionen auf COVID-19 sind Katalysatoren für einen radikalen Wandel in allen Unternehmen, die öffentliche Dienstleistungen erbringen.

Die Hindernisse für eine innovative Beschaffung sind hauptsächlich in Verfahrensweisen und Organisationsaspekten begründet. Innovation erfordert eine starke Führung, die die Angst vor Veränderung überwindet und die Mängel der derzeitigen Systeme offen anerkennt. Innovative Unternehmen entwickeln genau analysierte, ergebnisbasierte Anforderungen unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und ökonomischer Kriterien. Gemeinsame Faktoren sind in Ländern, Regionen und Städten, die einer innovativen Beschaffung offen gegenüberstehen, offensichtlich – politisches Engagement auf höchster Ebene; Einsatz eines breiten Spektrums an politischen Instrumenten; Integration der Beschaffung in die allgemeine Innovationspolitik; eine konsequente öffentliche Finanzierung.

Innovative Beschaffung lässt zudem innovative Fähigkeiten im Umfeld der Auftraggeber und über die Binnenwirtschaft hinaus entstehen. Innovative Auftraggeber aus dem öffentlichen Sektor bauen ihre Rolle aus und werden zu Marktmachern. Sie schaffen technologische Herausforderungen, fördern Partnerschaften, finanzieren Demonstrationsprojekte und unterstützen innovative Unternehmen dabei, ihr Produkt- und Dienstleistungsangebot zu erweitern. Beschaffungsverfahren sind natürliche „Projekte zum Mitgestalten“ und die Bürger können eingeladen werden, Ideen für die Befriedigung von ungedecktem Bedarf

einzureichen. Die Kommissionsmitglieder kooperieren – auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene – bei der Lösung gemeinsamer Probleme.

Die EU ist eine weltweit führende Region im Einsatz innovativer Beschaffungsinstrumente. Das Parlament unterstützt dieses Konzept voll und ganz. Ich war Berichterstatter des ersten Berichts des Parlaments, der 2009 angenommen wurde. In seiner gesetzgeberischen Arbeit zur Reform der Öffentlichen Auftragsvergabe im Jahr 2014 sprach sich das Parlament nachdrücklich für neue Maßnahmen zur Förderung von Innovation aus. Die EU hat erhebliche Mittel in die Förderung von Programmen für innovative Beschaffung und ihre Integration in Horizont Europa investiert.

Die GD Informatik ist bei der Förderung innovativer Beschaffung innerhalb der Kommission führend. Sie verfügt über eine umfangreiche Datenbank, mit der veranschaulicht wird, wie gemeinsam mit öffentlichen Auftraggebern entwickelte Innovationen zu erheblichen Verbesserungen der öffentlichen Dienstleistungen geführt haben. Sie fördert als Wissenszentrum den Austausch vorbildlicher Verfahren. Ferner zeigen ihre Forschungsarbeiten, dass mithilfe innovativer Beschaffung hohe Renditen für öffentliche Investitionen erzielt werden. Diese ist äußerst wirksam für die Entwicklung innovativer KMU zu nachhaltigen Unternehmen.

Eine Vergleichsstudie der Kommission zur Nutzung innovativer Beschaffung zeigt jedoch auf, dass das Bewusstsein der Mitgliedstaaten nur schwach ausgeprägt ist und diese wenig eingesetzt wird. Nur Finnland erhielt eine hohe Einstufung, die auf eine solide nationale Ausrichtung und ein in die Innovationspolitik integriertes Auftragswesen zurückgeht. Ferner wird in dem Bericht beleuchtet, dass Regionen und Städte bei richtungsweisenden innovativen Ansätzen federführend sind.

Im Aufbauplan der Kommission sollten mehr Elemente für die Förderung wirksamer und effizienter öffentlicher Investitionen durch eine innovative Auftragsvergabe vorgesehen sein. Dies stellt eine wichtige ungenutzte Möglichkeit dar, um die Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Tragfähigkeit der EU zu verbessern.

Malcom Harbour

ENTWICKLUNG VON BEHANDLUNGSMETHODEN UND DIAGNOSTIKA NACH DEM AUSBRUCH DER COVID-19-PANDEMIE

Nach Ausbruch der weltweiten COVID-19-Pandemie haben Laboratorien und die Industrie in der EU im Bereich der COVID-19-Diagnostik rasch reagiert.

Seit Juni 2020 haben etwa 220 unterschiedliche Diagnosetests die CE-Kennzeichnung, was etwa doppelt so viel ist als im April 2020.

Verfügbare Tests helfen entweder, das Virus direkt nachzuweisen, wie etwa solche, die auf der Reverse-Transkriptase-Polymerase-Kettenreaktion (RT-PCR) zum Nachweis des genetischen Materials des Virus und von Virusantigenen basieren, oder sie helfen, die Verbreitung des Virus in der Bevölkerung zu untersuchen, und zwar durch den Nachweis von Antikörpern, die vom Körper als Reaktion auf die Infektion gebildet werden.

Die Tests werden fortlaufend weiterentwickelt, um die Leistungsfähigkeit dieser Diagnostika zu verbessern und sie schneller und handlicher zu machen, da der Umfang der Tests in der EU immer weiter zunimmt. RT-PCR-Tests sind die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) empfohlenen Tests und bilden das Kernstück der Teststrategien der Mitgliedstaaten. Die Europäische Kommission gab am 14. April 2020 zur Unterstützung der Mitgliedstaaten eine Mitteilung über In-vitro-Tests zur Diagnose von COVID-19 und deren Leistungsfähigkeit heraus.

Die EU stellt die Mittel für die Forschung im Bereich der COVID-19-Diagnostik bereit, darunter 6,4 Mio. EUR für drei seit Januar 2020 betriebene Projekte im Rahmen von Horizont 2020 und 28 Mio. EUR für fünf Vorhaben im Rahmen der Initiative für innovative Arzneimittel. Ein Horizont-2020-Projekt hat bereits dazu geführt, dass ein Schnelldiagnostest auf dem EU-Markt erhältlich ist.

Die Europäische Kommission unterstützt auch die Studie über Covid-19-Konvaleszenzplasma als mögliche Therapie. Plasma, das von Patienten gesammelt wird, die sich von einer Infektionskrankheit erholt haben, so genanntes Konvaleszenzplasma, ist reich an Antikörpern, die das Virus bekämpfen. Vorläufige Berichte deuten darauf hin, dass Covid-19-Konvaleszenzplasma (CCP) eine vielversprechende Behandlung ist und sich für die Probanden als sicher erwiesen hat. In der EU und anderswo laufen derzeit mehrere klinische Studien zur CCP-Transfusion, darunter auch randomisierte Studien. Die GD Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (SANTE) unterstützt diese Bemühungen mit Leitlinien², die in Zusammenarbeit mit dem ECDC und den zuständigen nationalen Behörden erstellt wurden. Die GD Informatik (DIGIT) hat eine Internetplattform³ eingerichtet, auf der Blutspendeeinrichtungen aus der gesamten EU ihre Daten über die Blutspenden und klinischen Ergebnisse austauschen können, wodurch die Zahl der verfügbaren Fakten erhöht wird. Die „European Blood Alliance“⁴ koordiniert die Blutspendeeinrichtungen und wird diese wertvollen Daten analysieren, wobei sie durch ein Horizont-2020-Projekt namens „SUPPORT-E“ unterstützt wird. Im Rahmen dieser Bemühungen arbeiten die Kommission, Blutbanken, Blutspendedienste, Fachleute und EU-Bürger bei der Erforschung von CCP als Behandlungsmethode für Covid-19 zusammen.

² https://ec.europa.eu/health/blood_tissues_organs/covid-19_de

³ https://ec.europa.eu/health/blood_tissues_organs/covid-19_de

⁴ <https://europeanbloodalliance.eu/activities/convalescent-plasma-cpp/>

Es gibt verschiedene Wege, die es zu erkunden gilt, um eine Behandlungsmethode zu finden. Am schnellsten geht es, wenn man ein zugelassenes Medikament auf seine Fähigkeit zur Behandlung der COVID-19-Krankheit testet. Eine Alternative ist die Entwicklung einer völlig neuen Behandlungsmethode, wie zum Beispiel mithilfe eines monoklonalen Antikörpers, der das SARS-CoV-2-Virus deaktiviert. Für diesen Prozess benötigt man jedoch unter normalen Bedingungen mehrere Jahre.

Die Europäische Kommission hat sich in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) und den Mitgliedstaaten eigens dafür eingesetzt, einen schnelleren Weg zu finden, um den EU-Bürgern COVID-19-Therapien zugänglich zu machen. Die EMA steht in ständigem Dialog mit den Entwicklern; insgesamt wurden 115 Therapien und 33 Impfstoffe für eine Zusammenarbeit ins Auge gefasst. Sie bietet außerdem schnelle und kostenlose wissenschaftliche Beratung zu vielversprechenden COVID-19-Medikamenten an⁵. Dies hat der Europäischen Kommission geholfen, die erste COVID-19-Therapie zuzulassen⁶.

Als dauerhafte Lösung zur Bekämpfung der Pandemie wird jedoch die Entwicklung und Verteilung eines wirksamen und sicheren Impfstoffs gegen COVID-19 angesehen. Dies stellt einen Eckpfeiler der Reaktion der Europäischen Kommission gegen das Coronavirus im Rahmen der EU-Impfstoffstrategie dar⁷.

Andrzej Jan Rys

PSYCHISCHE GESUNDHEIT UND COVID-19

Im Laufe der letzten Monate haben die Regierungen beispiellose Maßnahmen ergriffen, um die Übertragung von COVID-19 zu verlangsamen und zu unterbrechen. Diese Maßnahmen haben es uns ermöglicht, Zeit zu gewinnen und den Druck auf unsere Gesundheitssysteme zu verringern, sie bedeuten jedoch enorme gesellschaftliche und wirtschaftliche Kosten. Maßnahmen zur Einhaltung eines Mindestabstands und zur Isolierung und die Schließung von Schulen und Arbeitsstätten stellen eine Herausforderung dar, weil sich daraus Auswirkungen darauf ergeben, was wir gerne tun, wo wir sein möchten und mit wem wir zusammen sein möchten. Die erforderlichen Gegenmaßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die zur Verhinderung und Eindämmung von Infektionen ergriffen wurden – einschließlich

⁵ <https://www.ema.europa.eu/en/human-regulatory/overview/public-health-threats/coronavirus-disease-covid-19>

⁶ Die Marktzulassung steht zum Zeitpunkt des bislang nicht veröffentlichten Artikels noch aus.

⁷ https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/public-health/coronavirus-vaccines-strategy_de

Quarantäne und Ausgangssperren –, haben darüber hinaus unbeabsichtigte Folgen für die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung, die sich im Zuge massiver Arbeitsplatz- und Einkommensverluste wohl noch verstärken werden.

Es ist völlig normal, dass jeder von uns in dieser Zeit Stress, Ängste, Angst und Einsamkeit empfindet. Bei der WHO messen wir den Auswirkungen von COVID-19 auf unsere psychische Gesundheit und unser mentales Wohlbefinden große Bedeutung zu. Jede und jeder von uns steht vor der Frage, wie wir mit Stresssituationen umgehen, die sich in unserem Leben und in unseren Gemeinschaften derzeit so schnell entwickeln, und wie wir darauf reagieren. Hier können wir auf die bemerkenswerten Eigenschaften der Stärke, Resilienz und Zusammenarbeit zurückgreifen, die wir als Menschen glücklicherweise besitzen.

Jeder von uns ist Teil einer Gemeinschaft. Es liegt in unserer menschlichen Natur, füreinander zu sorgen und im Gegenzug die soziale und emotionale Unterstützung anderer zu suchen. Die destabilisierenden Auswirkungen von COVID-19 bieten uns allen eine Gelegenheit. Eine Gelegenheit, uns um andere zu kümmern, mit ihnen zu telefonieren und uns per Video-Chat auszutauschen und aufmerksam und sensibel zu sein für die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen, die uns nahestehen. Unsere Ängste und Sorgen sollten nicht abgetan, sondern anerkannt werden; Einzelpersonen, Gemeinschaften und Regierungen sollten sie besser verstehen und auf sie eingehen.

Es ist ganz wesentlich, dass wir uns in den kommenden Wochen und Monaten in Europa und darüber hinaus mit den Herausforderungen für die öffentliche psychische Gesundheit befassen,

- indem von den jüngsten bis zu den älteren Mitgliedern unserer Gesellschaft alle **zeitnah verständliche und zuverlässige Informationen erhalten**,
- indem an vorderster Front tätige Arbeitnehmer und trauernde Familien **psychosoziale Unterstützung erhalten**,
- indem Menschen mit kognitiven, geistigen oder psychosozialen Behinderungen **weiterhin betreut und behandelt werden**, und
- indem **die Menschenrechte geschützt werden**, vor allem von jenen Menschen, deren Rechte oft übersehen oder verletzt werden, darunter Migranten und Flüchtlinge, Häftlinge, Bewohner anderer geschlossener Einrichtungen wie psychiatrische Kliniken oder Sozialfürsorgeeinrichtungen und Menschen mit Behinderungen.

Die WHO und ihre Partner haben Informationsmaterial zu COVID zusammengestellt, um die Länder und die Öffentlichkeit über diese Ebenen der psychischen Gesundheit und der psychosozialen Unterstützung zu unterrichten und ihnen diesbezüglich Anleitungen zu geben. Dieses Material umfasst Merkblätter und begleitende Infografiken zur sozialen Stigmatisierung wie auch zu den Bedürfnissen der Allgemeinheit, des medizinischen Fachpersonals, von Personen in Langzeitbetreuung und von anderen Personen.

Links:

<https://www.euro.who.int/de/health-topics/noncommunicable-diseases/mental-health/data-and-resources/mental-health-and-covid-19>

<https://www.who.int/teams/mental-health-and-substance-use/covid-19>

<https://www.mhe-sme.org/what-we-do/covid-19-and-mental-health/>

Dr. Dan Chisholm

GESUNDHEITSPOLITIK DER EU NACH DER COVID-19-PANDEMIE

Gemäß Artikel 168 des Vertrags von Lissabon ergänzt die Tätigkeit der EU im Bereich der Gesundheit der Bevölkerung lediglich die Politik der Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten waren stets darauf bedacht, dass sie ihre nationalen Gesundheitssysteme organisieren und verwalten konnten. Der Union obliegt es, Maßnahmen zu ergreifen, die nationale und supranationale externe Effekte haben, wie etwa Prävention und Gesundheitsförderung. Diese Aufteilung der Zuständigkeiten hat zu hinlänglichen Ergebnissen bei der Versorgung mit Blut, der Bekämpfung von HIV, der Einschränkung des Tabakkonsums, der Verbesserung internationaler Gesundheitsvorschriften, dem massiven Vorantreiben der Forschung in Biowissenschaften und in geringerem Maße der Krebsbekämpfung und der Unterstützung von Drittländern geführt. Trotz ihrer enormen Verantwortung im Kampf gegen die „weit verbreiteten schweren Krankheiten“ war die Rolle der EU bei der COVID-19-Pandemie jedoch alles andere als vorbildlich.

Die Pandemie traf eine unvorbereitete Union: Das ECDC, das Schwierigkeiten hat, mit knappen Haushaltsmitteln und einem bürokratischen Entscheidungsmodell zurechtzukommen, wurde als Quelle für allgemeine Informationen und wissenschaftliche Überwachung bald von einer renommierten Universität in den Vereinigten Staaten in den Schatten gestellt. Versuche, gemeinsam persönliche Schutzausrüstung (PSA) und Beatmungsgeräte zu beschaffen, erwiesen sich aufgrund von durch die Rechtslage verursachte Verzögerungen als völliger Misserfolg, und es kam zum „Jeder für sich“, was gleich zu Beginn dazu führte, dass man Italien seinem Schicksal überließ; Augenfälliger Ausdruck des nationalen Egoismus waren Hamsterkäufe und die Umleitung von Ausrüstung. Aufgrund seiner wiederholten Unfähigkeit, seine ständigen Interessen sowohl als Kontinent als auch als Union zu definieren, hat Europa seit Jahrzehnten einen Kurs eingeschlagen, bei dem es zugunsten von Drittländern seine industrielle Autonomie in Bezug auf Erzeugnisse vollständig verloren hat, die sich nun als von strategischer Bedeutung erweisen, wie etwa Beatmungsgeräte, PSA, Reagenzien und sogar medizinische Rohstoffe. Dies führte zum raschen Entstehen von Kartellen skrupelloser Spekulanten und Zwischenhändler.

Die Mitgliedstaaten brüsteten sich noch ihrer wissenschaftlichen Vormachtstellung und ihres entsprechenden „Networks“, ihrer Anpassungsfähigkeit und vor allem des universellen Charakters ihrer Sozial- und Gesundheitssysteme. Der erste Höhepunkt der Pandemie konnte dank der Durchsetzung bewährter Regeln für die soziale Distanzierung, der angemessenen Behandlung akuter Fälle und der Eindämmung der steigenden Zahl der Todesfälle trotz des hohen Anteils älterer Menschen in unserer Bevölkerung unter Kontrolle gebracht werden.

Was Impfstoffe angeht, kann sich die EU weder in Bezug auf die Verhandlungsposition noch in Bezug auf die finanziellen Möglichkeiten mit den Vereinigten Staaten messen. Ende Juli 2020 hatte sich dieses große amerikanische Land bereits etwa eine Milliarde Impfstoffdosen (das entspricht dem Dreifachen seiner Einwohnerzahl) bei drei verschiedenen Laboratorien gesichert. Zum selben Zeitpunkt sicherte sich die EU bei einem Laboratorium lediglich 400 Mio. Impfstoffdosen (das entspricht 80 % ihrer Bevölkerung), während das Vereinigte Königreich allein 190 Mio. Dosen (das entspricht dem 2,8-fachen seiner Bevölkerung) bei drei verschiedenen Herstellern bestellt hat. Die Auswirkungen dieser Politik auf die Solidarität zwischen den Nationen liegen auf der Hand: Während einige Länder gerade genug Impfstoffdosen vorbestellen, um ihren Bedarf zu decken, haben andere Länder vermutlich vor, mit ihren vorbestellten Impfstoffdosen Handel zu betreiben und in diesem Bereich eine dominierende Stellung einzunehmen. Man kann nur hoffen, dass trotz der Förderaktivitäten Chinas und Russlands der erste wissenschaftlich anerkannte Hersteller aus Europa sein wird. Ferner ist zu hoffen, dass ein erwarteter europäischer Impfstoff – ohne durch Wahlen ausgelösten massiven Druck – sicherer, wirksamer und dauerhafter sein wird und dessen Verteilung international auch solidarischer erfolgen wird.

Welche Lehren kann die EU aus der Pandemie ziehen?

Sie sollte erkennen, dass es für universelle Probleme nur globale Lösungen geben kann. Die EU muss die epidemiologische Überwachung und Intervention verstärken, den Schutz der öffentlichen Gesundheit an den Grenzen koordinieren sowie auf der Grundlage weiterer Forschung und Innovation umfassende und zuverlässige Informationen und Kenntnisse schaffen und verbreiten. Sie sollte akzeptieren, dass den positiven und negativen Auswirkungen der externen Effekte zwischen den Mitgliedstaaten Vorrang vor nationalen Egoismen und kurzfristigen Gewinnen eingeräumt werden sollten. Die Union muss den Wiederaufbau ihrer Industrie in Bezug auf strategische Materialien, wie etwa PSA, medizinische Rohstoffe und medizinische Ausrüstung, in Angriff nehmen. Sie muss erkennen, dass die beste kollektive Verteidigung Europas gegen Pandemien in dem universellen oder nahezu universellen Charakter seiner Sozial- und Gesundheitssysteme liegt und dass die Union – unter Berücksichtigung der Auswirkungen der sozialen und wirtschaftlichen Faktoren auf das Auftreten und die Ausbreitung von Krankheiten – in Programme investieren muss, mit denen der innere Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten der Union und innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten gestärkt wird.

António Correia de Campos

ALLE MENSCHEN BEWOHNEN DEN GLEICHEN PLANETEN

Ein Gedankenaustausch mit Kurt Schaefer, deutscher Pfarrer im Ruhestand

Was hat Ihnen Corona angetan?

Mein Lebensstil hat sich nicht geändert – außer, dass ich die notwendigen Schutzmaßnahmen wie das Tragen einer Maske dort, wo empfohlen oder angeordnet, und den Mindestabstand beachte.

Wie gestalten Sie jetzt Ihren Corona-Alltag?

Ich bin passionierter Radfahrer, bewusst ohne Auto, Bahn, Schiff oder Flugzeug, soweit wie möglich, und verzichte auf mein geliebtes Schwimmen im öffentlichen Schwimmbad.

Hat Sie eine derartige Pandemie überrascht?

Nein! Ich betrachte Massentierhaltung z.B. schon immer sehr kritisch. Sie war schon immer mit Gefahr für die Menschen verbunden. Denken Sie allein an die Vogelgrippe

Wird Corona unseren Alltag generell verändern?

Sicherlich zumindest schwerpunktmäßig im Bereich von Home Office, home schooling, social distancing, künstlicher Intelligenz, digitaler Bildung, Vernetzung und Ausrichtung sowie Data Science und beim Umweltbewusstsein. Die Einsicht, dass menschliche Fürsorge einen generell hohen und unverzichtbaren Stellenwert hat, um Krisen zu überleben, wird wachsen (müssen).

Jede Krise bedeutet eine Chance – welche?

Sich und sein Tun kritisch zu reflektieren! Zu sich selbst kommen. Dinge und Menschen richtig einordnen. Sich selbst richtig einordnen. Nachplappern, Nachahmen und Oberflächlichkeiten vermeiden. Authentisch bleiben, d.h. sich nicht verstellen, sondern mutig zu seinem Handeln und Sagen stehen. Sich ständig weiterentwickeln.

Offensichtlich schädlichen Verlockungen und Verführungen Widerstand leisten – auch im politischen, ökonomischen und ökologischen Bereich!

Neue umweltfreundliche Energien wie Wind- und Sonnenenergie verantwortlich umsetzen, ohne technikfeindlich zu sein.

*Ich bin überzeugt: **Im Moment liegt das ganze Leben** (Naomi Kawase, Regisseurin). Nutzen wir diesen wertvollen Moment!*

Es wird Zeit, neue Wege zu gehen – welche?

Ich bin mit dem Fahrrad zu Tagungen in andere Bundesländer und dann auch nach Straßburg gefahren! Welch' eine unvergessliche und bereichernde Erfahrung – diese verschiedenen Landschaften, die Wetterzonen, der Menschenschlag! Die (politischen) Ansichten!

Moderne Verkehrsmittel sollten wir vermehrt ökologisch-effizient einsetzen!

Ich habe die Idee einer friedfertigen Welt. Eine Utopie? Jedenfalls ein Traum (Martin Luther King) – und: Der Weg ist das Ziel (Konfuzius)! In der Wirklichkeit und im Glauben. Ich werde das Reich Gottes nicht erreichen. Aber es bleibt für mich ein ständiger Versuch!

Ihr Glauben ist ihre Stärke?

Ich meditiere und reflektiere den ganz normalen Alltag. Ich gehe jeden Morgen in persönliche Klausur. Ich lese ein gutes Buch und höre den Enkelkindern zu.

Sie haben einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn?

Ja! Wir brauchen ein neues Gleichgewicht, eine Balance, zwischen dem Machbaren und manchen maßlosen Wünschen.

Im gewissen Sinne bin ich ein Moralist. Wir wissen, dass die Welt besser werden muss. Wir können Schwierigkeiten aller Art nur bewältigen, wenn wir zusammenstehen, unsere (körperlichen und geistigen) Kräfte bündeln. Wir müssen diszipliniert sein, achtsam, umsichtig und kooperativ. Im Sinne von: Meine Freiheit endet bei der Freiheit des anderen!

Der Mensch an sich kann fast alles zum Guten wenden. Aber ist er auch immer willig dazu? Eine gewisse Skepsis ist angebracht.

Was halten Sie von all den Neologismen (in der Corona-Sprache) wie u.a. Shutdown und Lockdown?

Sie sind wie manche Abkürzungen im allgemeinen Sprachgebrauch nicht zu vermeiden. Hüten wir uns nur davor, dass das benutzte Wort mutiert – und zum Schlag-Wort wird!

Was wünschen Sie sich?

Dass wir Verzicht lernen. Unser Lebensstil einfacher, schlicht und ehrlich ist. Wir die Natur schätzen und nicht gegen sie arbeiten durch Raubbau und Missbrauch der Ressourcen.

Was tun Sie dafür?

Trotz aller Skepsis, dass der Mensch nicht immer unbedingt willens ist, gemeinsames Lachen nicht verlernen!

Brigitte Langenhagen

FMA AKTIVITÄTEN

50 JAHRE VEREINIGUNG EHEMALIGER MITGLIEDER DES KONGRESSES DER USA

Die künftigen Herausforderungen angehen

Die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Kongresses (Association of Former Members of Congress; FMC) wurde am 18. Juni 1970 gegründet, um ein soziales Netzwerk für die ehemaligen Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats der Vereinigten Staaten zu schaffen. In den letzten 50 Jahren ist die Zahl unserer Mitglieder auf mehr als 700 angewachsen, die allein im Jahr 2019 mehr als 7500 Stunden an ehrenamtlichem Einsatz geleistet haben. Heute arbeitet die FMC daran, den Kongress bei der Wahrnehmung seiner verfassungsrechtlichen Aufgaben zu stärken, indem sie einen kooperativen Ansatz bei der Politikgestaltung fördert. Wir bearbeiten derzeit mit mehr als 200 derzeitigen Mitgliedern sowie hochrangigen Mitarbeitern des Kongresses eine Reihe politischer Fragen und beteiligen uns im Rahmen unserer Kongress-Studiengruppen am internationalen legislativen Austausch. Diese Studiengruppen bieten den derzeitigen Mitgliedern des Kongresses und hochrangigen Mitarbeitern aus beiden Parteien die Möglichkeit, zusammen internationale Reisen zu Bildungszwecken und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit zu unternehmen.

In den letzten Jahren haben wir unsere Tätigkeit zur Förderung der politischen Bildung, des gesellschaftlichen Diskurses und der Bedeutung des öffentlichen Dienstes ausgeweitet, um für ein besseres Verständnis unseres demokratischen Systems zu sorgen. Daran waren sowohl ehemalige als auch derzeitige Mitglieder des Kongresses beteiligt, die im vergangenen Jahr im Rahmen unseres Programms „Congress to Campus“ (Aus dem Kongress in den Hörsaal) an mehr als 40 Universitäten fast 10 000 Studierende erreicht haben.

Zwar sollte man seine bisherigen Erfolge in Erinnerung behalten, aber ihrer ungeachtet stehen wir auch weiterhin vor vielen Herausforderungen. Die COVID-19-Pandemie ist eine weltweite Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die tiefgreifende Auswirkungen auf die wirtschaftliche, die gesellschaftliche und die politische Stabilität von Ländern überall auf der Welt hat. Diese Herausforderungen sind nun in einer Zeit zu Tage getreten, in der sich die Ansichten in einer Vielzahl von Fragen auseinanderentwickelt haben und die Spannungen in den transatlantischen Beziehungen eskaliert sind. In den letzten 75 Jahren waren die führenden Politiker in den Ländern Europas und in den Vereinigten Staaten in der Lage, ungeachtet politischer Unterschiede auf konstruktive Weise zusammenzuarbeiten, um im Hinblick auf neu aufkommende und oft umstrittene Fragen zu einem Konsens zu gelangen und so Stabilität und Wohlstand in der Welt zu fördern. Nach der Katastrophe in Gestalt zweier Weltkriege schufen diese Spitzenpolitiker durch schwierige, aber durchdachte Kompromisse und eine entsprechende Zusammenarbeit die Architektur für die Schaffung und Bewahrung von Frieden. In den letzten Jahren hat die Erosion der transatlantischen

Beziehungen einen gefährlichen Punkt erreicht, so dass ihnen nun dringend größere Aufmerksamkeit zukommen muss. Die Probleme von internationaler Reichweite in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaftsbeziehungen, Technologiestandards, Umweltpolitik, öffentliche Gesundheit und Reform der internationalen Institutionen dürften ohne eine solide transatlantische Zusammenarbeit kaum gelöst werden. Die FMC erkennt zwar an, dass die derzeitigen transatlantischen Beziehungen in politischer Hinsicht komplex sind. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass diese Schwierigkeiten dazu führen, dass ernst gemeinte Bemühungen um einen Konsens gar nicht erst unternommen werden. Die Bewältigung dieser Herausforderungen wird in den kommenden Jahren eine Priorität der FMC von anhaltender Bedeutung bleiben. Als ehemalige Mitglieder des Kongresses mit umfangreicher Erfahrung in der Zusammenarbeit sind wir der Überzeugung, dass eine gesunde, belastbare transatlantische Partnerschaft mit der EU im zentralen Interesse der USA ist.

Die FMC ist fest entschlossen, mit Interessenträgern auf beiden Seiten des Atlantiks zusammenzuarbeiten, um die transatlantischen Beziehungen so zu erneuern, dass sich mit ihnen den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen lässt. Wir hoffen auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, um die Bildungsprogramme für die Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Kongresses sowie für ihr jeweiliges Personal, die Fragen von Relevanz für beide Seiten des Atlantiks gewidmet sind, aufeinander abzustimmen. Umfassendere Anstrengungen im Bildungsbereich, mit denen die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen herausgestellt wird, sollten über die Regierungskreise hinausgehen und Europäer und Amerikaner unterschiedlicher Herkunft einbeziehen. Die Menschen Europas und der Vereinigten Staaten haben eine gemeinsame Geschichte, die wir nicht vergessen dürfen; wir müssen uns für eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Wohlstand einsetzen.

Charles Boustany

EP TO CAMPUS PROGRAM

VORSCHLAG FÜR DEN FRIEDEN IM ÖSTLICHEN MITTELMEERRAUM.

Die Zypernfrage ist seit Langem ungelöst. Offenbar haben die jahrzehntelangen Bemühungen der EU und der Weltgemeinschaft, den Konflikt beizulegen, zu einer gewissen Ermüdung geführt. Dennoch ist es unerlässlich, eine Lösung zu finden.

Damit dies möglich ist, müssen 46 Jahre nach der Teilung der Insel infolge der türkischen Intervention eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein. Zunächst muss die Türkei selbst den Beschluss fassen, dass griechische und türkische Zyperer ihren Staat im Rahmen einer

Föderation selbst verwalten können. Zu diesem Zweck muss die Türkei die Aufhebung ihrer Rechte als Garantiemacht akzeptieren und gleichzeitig ihre Armee zurückziehen.

Dasselbe gilt für Griechenland sowie für das Vereinigte Königreich. Schließlich müssen sowohl die griechischen als auch die türkischen Zyperer das Risiko annehmen, das mit der Lösung verbunden ist.

Um diese große Aufgabe zu bewältigen, müssen die Machthaber die damit einhergehende Verantwortung übernehmen. Zu meiner großen Freude durfte ich an einer Online-Diskussion zur Zypernfrage mit türkischen Studenten der Universität Izmir teilnehmen.

Die Studenten sprachen dabei zahlreiche wichtige Fragen und Probleme an. Unter der Leitung von Dozent und Moderator Alexander Buengin entstand eine äußerst produktive und ergebnisreiche Diskussion. Mein Eindruck ist, dass sich die Lösung der Zypernfrage als hoffnungsvolle und optimistische Botschaft an die Region erweisen würde.

Wenn griechische und türkische Zyperer, Christen und Muslime (wobei darauf hingewiesen sei, dass Religion niemals ein Streitpunkt zwischen den beiden Gemeinschaften war) einen gemeinsamen Staat im Rahmen einer Föderation aufbauen, würde dieser zum leuchtenden Vorbild, zum Zeichen der Hoffnung für den östlichen Mittelmeerraum und die gesamte Region werden.

Das größte Hindernis stellt das Bedürfnis nach einem Gefühl von Sicherheit dar, welches für alle Zyperer eine Grundvoraussetzung für die Lösung des Konflikts darstellt.

Vor diesem Hintergrund habe ich den Vorschlag vorgebracht, einen neuen Sitz der Vereinten Nationen in Zypern einzurichten.

Um es mit den Worten von Jean Monnet zu sagen: „**Nichts wird ohne die Menschen geschaffen, aber nichts hat Dauer ohne die Institutionen**“.

Eine Institution der Vereinten Nationen in Zypern würde dazu beitragen, das Bedürfnis nach einem Gefühl von Sicherheit zu erfüllen.

Dies war der Grund dafür, dass die Gründer der Europäischen Union derartige globale Institutionen geschaffen haben, nämlich um die Verträge aufrechtzuerhalten und langfristig zu schützen.

Um nur einige zu nennen: das europäische Parlament in Brüssel und Straßburg, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der europäische Gerichtshof, die Vereinten Nationen in Genf. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt, dass sich jenseits von Nordeuropa bis hin zu den Balkanstaaten, Kleinasien, dem östlichen Mittelmeerraum, dem Nahen und Mittleren Osten und dem gesamten südlichen Afrika keine einzige Organisation findet, die damit auch nur annähernd vergleichbar wäre.

Dies ist überall in der Region zu beobachten: an der Situation in Syrien, Libyen, Palästina, Israel und aktuell an dem besorgniserregenden Konflikt, der zwischen Griechenland und der Türkei schwelt. Wie die Ausführungen zeigen, würde eine Institution der Vereinten Nationen nicht nur den Erfolg einer möglichen Lösung in Zypern unterstützen und sichern, sondern auch zum Frieden in der gesamten Region beitragen.

Takis Hadjigeorgiou

VORTRAG AN DER UNIVERSITÄT VON IZMIR

Ausgehend von meinen persönlichen Erfahrungen als Geschäftsmann, Lobbyist, Wirtschaftswissenschaftler und Politiker habe ich über die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU gesprochen. Zudem habe ich klargestellt, dass dabei meine persönlichen Ansichten zum Ausdruck kommen; es liegt mir fern, zu behaupten, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein. Zu Beginn meines Vortrags stellte ich folgende fünf Fragen, die ich der Reihe nach beantwortete:

1. Welchen Stand hat Europa in der heutigen Welt?
2. Welche Wirtschaftspolitik wird langfristig erfolgreich sein?
3. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen kann die Corona-Krise nach sich ziehen?
4. Welche Rolle kann die Türkei in der EU spielen?
5. Wie bewerte ich die derzeitige Politik in der EU und der Türkei?

U. a. bin ich auf folgende wichtige Punkte eingegangen:

- Die Globalisierung ist einer der größten Glücksfälle in der Geschichte der Menschheit:
 - o In ihrem Rahmen werden nicht nur Waren, Dienstleistungen und verfügbares Kapital rund um den Globus bewegt,
 - o sondern auch die besten Ideen: Menschenrechte, Pressefreiheit und Demokratie.
- Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise erlebe ich als die stärksten nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie sind erheblich, sie sind global.
- Angesichts der zahlreichen „Marshallpläne“ und Wiederaufbauinitiativen dürfen wir eines nicht vergessen: Durch das Coronavirus wurden keine Produktionsanlagen zerstört und keine Gebäude bombardiert; ihm fielen – bislang – keine 60 Millionen Menschen zum Opfer.
- Auch während dieser Krise müssen wir in der Lage sein, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen: „Je weniger Pläne, Pakete und zentralistische Initiativen von Politikern und Wirtschaftswissenschaftlern geschmiedet werden, desto schneller tritt eine Erholung ein.“
- Ich stellte klar, dass heute meiner Ansicht nach nicht nach dieser Maxime gehandelt wird; daher prognostizierte ich, dass die negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen noch viele Jahre andauern werden.
- Ebenfalls habe ich darauf hingewiesen, dass wir Veränderungen an den globalisierten Lieferketten vornehmen müssen, ohne jedoch zuzulassen, dass die Globalisierung selbst infrage gestellt wird! Denn wenn wir dies tun, laufen wir Gefahr, dass die Welt insgesamt in den Ruin getrieben wird.
- Eine Marktwirtschaft von der Größe und dem Potenzial der Türkei wäre ein ideales Mitglied der Europäischen Union! Das Land würde in gleichem Ausmaß zum Wohlstand der EU beitragen wie auch andere Länder ähnlicher Größe dies tun.

Es muss sehr triftige Gründe geben, weswegen die Türkei nicht der EU beitrifft.

- Sowohl die EU als auch die Türkei verfolgten eine Politik, die eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU für eine lange Zeit unmöglich scheinen lässt.
- Sowohl die EU als auch die Türkei haben sich entschieden, sich voneinander zu entfernen. Ich kann nur schwer beurteilen, wer diese Spirale in Gang setzte und welche Seite nur auf die Maßnahmen der anderen reagiert hat. Doch müssen wir der Tatsache ins Auge sehen: Wie Kontinentalplatten entfernt sich die EU von der Türkei und die Türkei von der EU.

Allerdings zeigt jede Krise auch neue Möglichkeiten auf. Der Austritt Großbritanniens aus der EU und die Nichtmitgliedschaft der Türkei in der EU öffnen das Tor für eine weitere Partnerschaft an den Grenzen der EU: eine Partnerschaft zwischen Großbritannien, der Türkei und möglicherweise anderen Ländern für einen weiteren gemeinsamen Markt – in Partnerschaft mit oder im Wettbewerb zur EU.

Jedoch bin ich der festen Überzeugung, dass die Türkei, bevor dies geschehen kann, ihren derzeit eingeschlagenen Weg der wachsenden religiösen Einflussnahme, Unterdrückung und Korruption hinter sich lassen und Schritte in Richtung Demokratie, Menschenrechte, Pressefreiheit und eines unabhängigen Justizsystems einleiten muss.

Nach meinem 20-minütigen Vortrag führte Professor Bürgin eine lebhafte und ergiebige Fragerunde durch, die rund eine Stunde dauerte.

Hans-Olaf Henkel

TRANSEUROPÄISCHES VERKEHRSNETZ: ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN REGULIERUNG UND AKTUELLE RECHTSFRAGEN

Aufgrund der COVID-19-Krise wurde dieser Teil des Programms „EP to Campus“ in einem Online-Format abgehalten. Die Debatte über das TEN-V-Netz an der Universität La Sapienza in Rom wurde von Dr. Giovanni Marchiafava (Universität La Sapienza, Jean-Monnet-Modul) organisiert, und gemeinsam mit Professor Carlo Secchi, EU-Koordinator für den Atlantikkorridor und Vizepräsident des Italienischen Instituts für internationale politische Studien, erörterten wir die Entwicklung der transeuropäischen Korridore von der Idee eines europäischen Binnenmarktes bis hin zur aktuellen Debatte über die Bewertung dieses Projekts.

Dies ist nicht nur reine Fachsimpelei, denn Verkehrspolitik hat immer auch wirtschafts- und umweltpolitische Implikationen und beträchtliche finanzielle Konsequenzen. Seit der Wirtschaftskrise von 2008 scheint sich der Fortschritt bei den transeuropäischen Verkehrsverbindungen aufgrund der Haushaltslage in den Mitgliedstaaten und der daraus resultierenden geringeren Kofinanzierungskapazität etwas verlangsamt zu haben. Während der Debatte berührten wir auch andere wichtige Rechtsfragen, die Auswirkungen auf den

Verkehr haben, wie zum Beispiel die Lenk- und Ruhezeiten der Lokführer, das Europäische Eisenbahnverkehrsleitsystem und die Hürden für dessen Umsetzung sowie das Weißbuch „Verkehr in Europa“. Wir sprachen über die Verzerrung des Wettbewerbs zwischen Straße und Schiene durch unterschiedliche Preissysteme und über den neuen Vorschlag einheitlicher Autobahngebühren in der EU, der derzeit im Rat nicht vom Fleck kommt und über den bald entschieden werden sollte.

Schließlich diskutierten wir auch über die größte Herausforderung, vor der die Verkehrsinfrastruktur derzeit steht – den europäischen Grünen Deal. In Anbetracht der Tatsache, dass ein Viertel der klimarelevanten Emissionen aus dem Verkehr stammt (davon 75 % aus dem Straßenverkehr), erfordert der Plan der Kommission, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen, enorme Anstrengungen, um unsere Verkehrssysteme so umzugestalten, dass die Emissionen reduziert werden. Gegenwärtig wird nur ein kleiner Teil des Schwertransports auf der Schiene abgewickelt, die im Vergleich zur Straße ein umweltverträglicherer Verkehrsträger wäre. Das Konzept der transeuropäischen Korridore muss überarbeitet und an die Anforderungen des europäischen Grünen Deal angepasst werden, wobei die Multimodalität ein zentrales Thema dieser Betrachtung sein muss. Für die Nutzung elektrischer Energie auf unseren Straßen werden rund eine Million Ladestationen entlang der europäischen Hauptverkehrsstraßen benötigt, wie auch in einem Kommissionspapier festgestellt wird. Auch bei der Forschung auf dem Gebiet der Motoren und Antriebe gibt es noch viel zu tun, um diese umweltverträglich zu machen, wobei die europaweite Zusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen wird.

Es war eine interessante Erfahrung, diese Debatte online zu führen. Die COVID-19-Krise hat den Trend zur Lehre über das Internet verstärkt, und diese Lehrmethode wird wahrscheinlich in Zukunft vor allem an den Universitäten stärker genutzt werden. Vielleicht werden aber auch ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments fortan die neuen Formate vermehrt nutzen.

Eva Lichtenberger

ZUSAMMENARBEIT MIT DEM EUI DIE EUROPÄISCHE GENERATION

Jedes Mal, wenn ich an einem Treffen mit Studenten im Historischen Archiv der Europäischen Union in der Villa Salviati in Florenz teilnehme, verspüre ich eine große Genugtuung, aus den Fragen und Überlegungen der Studenten zu erfahren, wie sehr die europäische Dimension in ihnen verwurzelt ist.

Es ist weder der politische noch der institutionelle Blickwinkel, der sie besonders interessiert, sondern die außerordentlich wichtige Art und Weise, wie sie sich mit anderen jungen

Menschen in Europa verbunden fühlen, wobei das verbindende Element die europäische Kultur ist.

Europäische Kultur in ihrer heutigen Bedeutung ist das Teilen von Werten und Prinzipien mit allen jungen Menschen der anderen Mitgliedstaaten, auch weil das Reisen von einem Land in ein anderes zur Normalität geworden ist, ohne dass ihnen dabei irgendetwas den Weg versperren würde.

Selbst die Sprache stellt kein Hindernis dar, da Musik, Filme und auch Fernsehsendungen in der Originalsprache rezipiert werden; außerdem sind der Stil, sich zu kleiden, und Alltagsgeräte wie Computer und Mobiltelefone ein Bindeglied für die Generation „Z“ der zur Jahrtausendwende Geborenen, und deshalb gehören Englisch, Französisch oder Spanisch heute zu ihrem kulturellen Erbe.

Meine Generation ist weit von der ihren entfernt, und deshalb versuche ich in jeder Hinsicht zu vermeiden, ihnen die Verdienste der Europäischen Union vorzubeten, wodurch ich sie nur zur Gegenrede einladen würde, sollten sie mit einigen meiner Aussagen nicht einverstanden sein, sondern ich erkläre mich vielmehr bereit, mit ihnen in einen Dialog zu treten und auf den einen oder anderen Sachverhalt auch ausführlicher einzugehen, als es die Massenmedien für gewöhnlich tun.

Ich stelle oft fest, dass sie bereit sind, die europäische institutionelle Architektur zu verstehen, die sich objektiv von der der Staaten unterscheidet, und wenn ich dann betone, dass die europäischen Institutionen im Aufbau begriffen sind und dass ihre derzeitige Konfiguration nicht endgültig ist, eröffne ich ihnen einen Raum für Denkspiele und lasse ihrer Phantasie freien Lauf, damit sie sich die optimale Struktur eines supranationalen Staates überlegen können.

Sie akzeptieren auch die Supranationalität des Staates, wenn ich behaupte und erkläre, dass es eine „europäische Nation“ gibt, die aus der Summe der einzelnen Nationen besteht, und zwar wegen der Gemeinsamkeit der Kulturen, die Europa seit dem Römischen Reich und nach dessen Untergang erlebt hat.

Auf das Römische Reich folgte nach einer Übergangszeit das Kaiserreich Karls des Großen und später das Heilige Römische Reich, das mit dem Untergang der Österreichisch-Ungarischen Monarchie auseinanderfiel, das heißt von der Krönung Karls des Großen im Jahr 800 bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts.

Nach dem Ende des Römischen Reiches im Jahr 476 n. Chr. gründete Benedikt von Nursia um das Jahr 500 herum mehr als hundert Klöster in ganz Europa und verbreitete dadurch die christliche Kultur, denn die Benediktinerklöster und später die cluniacensischen und zisterziensischen Klöster, die sich aus dem Benediktinerorden entwickelten und von denen es um das Jahr 1100 mehr als 2 000 gab, hatten auch Schulen und waren daher ein Hort der Gelehrsamkeit und Kultur.

Der politische Aspekt ist für die jungen Menschen nach wie vor schwer zu verstehen, dessen Dialektik und Dynamik für den nach Einfachheit strebenden jugendlichen Geist extrem „byzantinisch“ und geschraubt anmuten, da bei ihnen die Vielfalt des Denkens niemals Mittel

zum Zweck, sondern stets real und folglich die Auseinandersetzung aufrichtig und redlich und niemals rein fiktiv ist.

In den vielen Jahren, in denen ich an Treffen mit Studenten aus Florenz und der Toskana teilgenommen habe, bin ich immer auf deren Interesse gestoßen, und gegen Ende jedes Treffens war die Distanz aufgehoben, die ursprünglich natürlich vorhanden war, sobald nämlich die jungen Menschen aufeinander zugingen, sich in Gesprächen vertieften und nach Erklärungen für bestimmte Sachverhalte verlangten, die in der Debatte nicht ausreichend beleuchtet worden waren.

Auch den Lehrkräften, die die jungen Menschen begleiten, verschaffen die gemeinsam verbrachten Stunden große Genugtuung, und sie bestätigen mir immer wieder, dass ihre Erwartungen nicht enttäuscht wurden. Einige haben mich auch gefragt, ob ich bereit wäre, in ihrer jeweiligen Schule einen Vortrag zu halten.

Ich möchte auch ein paar Worte über die jungen Leute verlieren, die im Archiv arbeiten, denn es handelt sich um einfühlsame Menschen, die sich gut vorbereitet haben sowie offen, motiviert, und willens sind, den Parlamentsabgeordneten, der die Vorlesung halten wird, über die Studenten, auf die er treffen wird, im Einzelnen zu informieren; mehrheitlich haben sie einen Abschluss des Europäischen Hochschulinstituts, und auf jeden Fall sind gegenüber ihrem Gesprächspartner aufgeschlossen und verhalten sich vorbildlich.

Ein besonderer Dank gilt dem Leiter des Archivs und seinen Mitarbeitern für die Organisation dieser Seminare, und ich möchte mich auch beim Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments bedanken, der mir die Gelegenheit gegeben hat, Augenblicke von so großer Genugtuung zu erleben.

Vitaliano Gemelli

DIE STATE OF THE UNION-KONFERENZ 2020 DES EUROPÄISCHEN HOCHSCHULINSTITUTS (EHI)

In diesem Jahr fand die State of the Union-Konferenz aufgrund der durch die COVID-19-Restriktionen bedingten besonderen Umstände erstmals seit zehn Jahren nicht wie sonst an drei Tagen in Florenz statt, sondern wurde an einem Tag in Form einer Online-Live-Veranstaltung mit vereinfachtem Programm in drei Sitzungen durchgeführt, sodass ein umfangreiches und ausgewähltes Publikum teilnehmen konnte.

Das Europäische Hochschulinstitut richtete diese besondere Ausgabe der Konferenz am Freitag, den 8. Mai aus, um mit den Referenten die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Sozial- und Gesundheitspolitik, die Aussichten für die Weltwirtschaft und die globale Zusammenarbeit zu analysieren.

Genau 70 Jahre nach der Schuman-Erklärung bekräftigten die europäischen Entscheidungsträger in ihren Beiträgen, wie wichtig die „Solidarität“ ist, damit Europa der Krise und den zahlreichen in den kommenden Monaten bevorstehenden Herausforderungen begegnen und einen gemeinsamen Wiederaufbauplan für die Erneuerung der Europäischen Union umsetzen kann.

Auf die Begrüßungsrede des Präsidenten des Europäischen Hochschulinstituts Renaud Dehousse folgten Beiträge von Dario Nardella, Bürgermeister von Florenz, und Enrico Rossi, Gouverneur der Toskana.

Der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel betonte, dass alle Anstrengungen auf das Wohlergehen des Einzelnen und auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden müssten, und schlug die Umsetzung eines „De Gasperi“-Plans zum Wiederaufbau eines starken und solidarischen Europas vor, basierend auf den Grundsätzen des italienischen Premierministers und Gründungsvaters der Europäischen Union, Alcide De Gasperi.

Der italienische Außenminister Luigi Di Maio bekräftigte die Notwendigkeit eines Wiederaufbauplans und legte strategische Leitlinien für die Erneuerung Europas dar, die auf Solidarität und der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten beruhen sollte, die in der sozialen und gesundheitlichen Krise miteinander verbunden seien.

In der ersten Sitzung über die Sozial- und Gesundheitspolitik, die von Prof. Ellen Immergut vom EHI geleitet wurde, äußerten sich Andrea Ammon, Direktorin des ECDC, Dorit Nitzan, Direktorin für gesundheitliche Notlagen in der Europäischen Region der WHO, und Professor Xuejie Yu von der Universität Wuhan.

In der zweiten Sitzung, die wirtschaftspolitischen Fragen gewidmet war, betonte die Präsidentin der Europäischen Zentralbank Christine Lagarde, dass gemeinsame, in Zusammenarbeit mit der Zentralbank durchgeführte konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht werden müssten, und in Reaktion auf das Urteil des deutschen Verfassungsgerichts erklärte sie, die Zentralbank sei entschlossen, das ihr erteilte Mandat im Geiste Schumans im Sinne von Frieden und Stabilität zu erfüllen. Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft und Finanzen, unterstrich im Interview mit Roula Khalaf von der Financial Times die Notwendigkeit, eine gemeinsame Steuerpolitik und nicht nur eine gemeinsame Geld- und Währungspolitik umzusetzen und einen Wiederaufbaufonds sowie ein wirkungsvolles System umfassender öffentlicher Investitionen einzuführen, um Anreize für private Investitionen zu schaffen. Bei der anschließenden Diskussion, die vom ehemaligen griechischen Finanzminister Professor George Papaconstantinou moderiert wurde, analysierten der Chefvolkswirt der OSZE Laurence Boone, der ehemalige Präsident der Euro-Gruppe Jeroen Dijsselbloem und Professor Ricardo Reis von der London School of Economics die wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Die letzte Sitzung befasste sich mit Fragen der internationalen Zusammenarbeit. Dazu betonte die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds Kristalina Georgieva, sie sehe in der Krise die Chance zur Schaffung einer besseren Welt und zur Erkundung neuer umweltverträglicher Wirtschaftsformen, in denen konjunkturelle Impulse dem Wohl der Gesellschaft dienen, und die dem Klimawandel und der jüngsten

Armutsentwicklung Rechnung tragen. Bei der darauffolgenden von der Direktorin des IAI (Istituto Affari Internazionali) Nathalie Tocci moderierten Diskussion sprachen Mari E. Pangestu, Geschäftsführerin der Weltbank, Jeffrey Sachs von der Columbia University und Alexander Stubb, ehemaliger Premierminister Finnlands und neuer Direktor der School of Transnational Governance des EHI.

Das Schlusswort hatte der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte, der den Grundsatz der Solidarität erneut bekräftigte.

Monica Baldi

IN ERINNERUNG

JOHN HUME – EIN KÄMPFER FÜR DEN FRIEDEN

John Hume war ein unermüdlicher und unerschrockener Kämpfer für den Frieden in Nordirland und in der ganzen Welt. Die drei herausragenden Friedenspreise, die ihm verliehen wurden, – der Friedensnobelpreis, der Gandhi-Friedenspreis und der Martin-Luther-King-Preis – zeugen von seinem Wirken.

In seiner Heimat Nordirland gelang es ihm, den Blutsonntag von 1972 in seiner Geburtsstadt Derry in das Karfreitagsabkommen von 1998 münden zu lassen und damit einen der längsten von Blut und Gewalt geprägten Konflikte in Europa zu beenden. Es bleibt zu hoffen, dass der Brexit-Wahn diesem entscheidenden Schritt nichts anhaben kann.

Im Europäischen Parlament bekannte ich mich zusammen mit John stets zu Europa und zum Frieden. Er ehrte mich mit seiner Freundschaft und setzte sich maßgeblich für meine Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments ein. Mit dem Auftreten eines unprätentiösen Schullehrers, wie er in einem Gedicht von Antonio Machado beschrieben wird, war er ein Mann weniger Worte, aber von großer Beharrlichkeit in seinen Taten. Seine Meinungen und Ratschläge wurden nicht nur in der Sozialdemokratischen Fraktion und der Sozialdemokratischen Partei Europas, sondern im gesamten Haus aufmerksam zur Kenntnis genommen. Im US-Kongress war er unter dem Spitznamen „Senator 101“ bekannt. Wir haben beide gemeinsam an der europäischen Dimension des Karfreitagsabkommens mit seinen politischen und haushaltspolitischen Implikationen gearbeitet, und er versuchte auch, uns bei unserem eigenen blutigen Konflikt zu helfen.

Im Jahr 2000 machte er mir einen Vorschlag, der drei Aspekte umfasste, die Solidarität, den Bürgersinn und an erster Stelle den Sport. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Olympischen Spiele im antiken Griechenland stets mit einer heiligen Waffenruhe begannen. John bat mich nämlich, zu erreichen, dass Real Madrid und der FC Barcelona nach Derry kommen und gegen die dortige Heimmannschaft, Derry City, spielen. Wir haben es 2001 hinbekommen. Mein

Assistent Vicente de Mingo kümmerte sich um das Match, bei dem Emilio Butragueño Mannschaftskapitän der „Königlichen“ war. Der Europaabgeordnete Joan Colom nahm sich der Sache mit Barça an. Diese Geste wurde vor allem von den jungen Leuten in der Stadt, die sich quasi in einem Belagerungszustand befand, sehr geschätzt. John Hume gelang es dadurch zudem, dass die beiden ewigen Rivalen des spanischen Fußballs im Kampf für den Frieden an einem Strang zogen.

Möge er in Frieden ruhen.

Enrique Barón Crespo